

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1930

22.3.1930 (No. 80)

Badischer Beobachter

Bezugspreis: Monatlich 2.50 Mk. frei im Haus, 2.70 Mk. bei der
Einsendungsstelle abgeholt, Mk. 2.00 durch die Post ohne Zustellgebühr Einzel-
nummern 10 Pfg. Samstag und Sonntag 15 Pfg. Abbestellungen nur
bis 20. auf den Monatsabschluss. Im Falle höherer Gewalt besteht kein An-
spruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei

Erscheint 7 mal wöchentlich als Morgenzeitung
Belletristik: Kunst u. Wissen, Frauenrubrik, Rätsel für den Familienkreis, Was der kalbol. Welt, Sportbeilage
Deutsche Jugendkraft, Jährl. Liebesbeilage, Malterische Woche, Geschäftsstelle, Redaktion u. Verlag: Steinstr. 17-21
Fernspr.: Geschäftsstelle 6233, Redaktion 6230, Verlag 6237. Druckadresse: Beobachter, Postfachkonto Karlsruhe 4844

Anzeigenpreis: Die 10gepostete 27 mm breite Millimeterzeile im
Anzeigenblatt 10 Pfg., auswärts 12 Pfg. Bei Gelegenheitsanzeigen 6 Pfg.
Die 3 gelb. 57 mm breite mm-Zeile im Reklameteil 50 Pfg. Rabatt nach
Zeitl. Bei Jahrgangswertigkeiten, umfangreicher Gestaltung oder
Konkurs kommt der Rabatt in Wegfall. Schluss der Anzeigen-
annahme 9 1/2 Uhr. — Erfüllungsort und Gerichtsstand in Karlsruhe.

Nr. 80 (12 Seiten)

Karlsruhe, Samstag, den 22. März 1930

68. Jahrgang

Gefährdung des konfessionellen Friedens?

Karlsruhe, den 21. März.

In der Frage des Abbaus der Staatsdotationen hat der Evangelische Oberkirchenrat auf eine Anfrage des Kultusministers keine grundlegende Stellung in folgender Antwort dargelegt:

Die Einbringung und bisherige Behandlung des Gesetzesentwurfs über die Aufbesserung geistlicher Pfarrer aus Staatsmitteln im Bad. Landtag hat in der evangelischen Bevölkerung, wie ja auch in der Eingaben vieler evangelischer Kirchengemeinden an den Bad. Landtag zum Ausdruck gekommen ist, eine solche Entlastung ausgelöst, daß der konfessionelle Friede als gefährdet anzusehen ist. Im Interesse der Erhaltung des konfessionellen Friedens ist die Evangelische Landeskirche bereit, auch finanzielle Opfer zu bringen. Sie kann deshalb ihre Zustimmung zu einem gleichmäßigen Abbau der Staatsdotationen, der von den bisher gewährten Zuschüssen von 900 000 RM. für die Evangelische Kirche und von 1 050 000 RM. für die Katholische Kirche ausgeht, inwieweit geben, als dadurch nicht ihre aus Art. 138 und Art. 173 der Reichsverfassung herrührenden Rechte berührt werden, deren Aufrechterhaltung sie für sich ausdrücklich in Anspruch nimmt. Die Evangelische Landeskirche gibt diese Erklärung unter der Voraussetzung ab, daß ein Abbau der Dotationen in verhältnismäßig gleichem Ausmaß auch die übrigen Religionsgemeinschaften treffen muß und daß der Abbau innerhalb eines Zeitraumes erfolgt, der es der Evangelischen Landeskirche ermöglicht, ihre Finanzgebahrung den verminderten Einnahmen anzupassen und die ihr zur Verfügung stehenden Einnahmequellen zu stärkerer Entwicklung zu bringen.

Soweit die Stellungnahme des Oberkirchenrats. Die Herstellung der Parität im Sinne der Pfarrstellen oder der Seelenzahl war seit 1876 dauernd von der Kirchenregierung und vom badischen Zentrum erstrebt worden. Im Jahre 1899 wurde ein kleiner Erfolg in diesem Sinne gegen den Willen der Regierung unter bestimmten Bedingungen erreicht. Auch die Sozialdemokraten waren seit Jahrzehnten für den Abbau der Dotation, haben aber unter der Annahme, daß der Abbau augenblicklich nicht möglich sei, weil sie keine parlamentarische Mehrheit dafür befänden, sich öfters an den Standpunkt geteilt, daß der katholischen Kirche wegen ihrer größeren Zahl von Angehörigen auch mehr zufallen müsse. Wie aus dem Bericht, der in der vorgestrigen Landtagsitzung gegeben wurde, hervorgeht, wurde von liberaler Seite darauf hingewiesen, daß die Berufung auf ein früheres Unrecht gegenüber der katholischen Kirche, wie es vom Zentrum beliebt wurde, angesichts des viel größeren Unrechts durch Krieg und Inflation doch überholt sei. In diesem Satz liegt, wenn auch ungewollt, eine von liberaler Seite ausgesprochene Anerkennung des alten Unrechts gegen den Katholiken. Was bei jeder solchen Sachlage jeder verantwortliche Staatsmann, wie überhaupt jeder ernst zu nehmende Politiker zu tun hat, ist nur das eine Aufhebung des Zustandes, der einen Fortbestand des anerkannten Unrechts bedeutet.

Der Bericht sagt weiter, daß auch ein Vertreter der Nationalsozialisten von dem jahrzehntelangen der katholischen Kirche zugefügten Unrecht gesprochen hat. Dem Zentrum lag nicht daran, ob die Parität auf der Grundlage der Seelenzahl oder der Pfarrstellenzahl hergestellt werde, sondern daß entgegen dem grundsätzlichen Zustand seit dem Jahre 1900, bei welchem die den einzelnen Religionsgemeinschaften gewährten Staatszuschüsse in keinerlei logischem Zusammenhang hinsichtlich ihrer Abstufung standen, ein klares Paritätsprinzip als Grundlage für die weitere Gewährung von Dotationen geschaffen wird.

In der Veröffentlichung des evangelischen Oberkirchenrats wird absichtlich vermieden, den von der Regierung vorgesehenen Modus als unparteiisch hinzustellen. Was den konfessionellen Frieden betrifft, so glauben wir, daß der evangelische Volksteil, wenn nicht agitiert wird, so viel Gerechtigkeitsempfindung besitzt, daß er wegen der Herstellung einer paritätischen Gerechtigkeit nicht den Anlaß geben wird zu einer Störung des konfessionellen Friedens. Wenn der Evangelische Oberkirchenrat meint, daß aufgrund der jetzigen Regelung von Seiten des evangelischen Volksteiles eine Störung des konfessionellen Friedens zu befürchten sei, dann möchten wir darauf hinweisen, daß wir auf katholischer Seite seit mehr als einem halben Jahrhundert größeres Unrecht ertragen haben, ohne die Bevölkerung gegen die Urheber dieses Unrechts, nämlich die alte großherzogliche Regierung, aufzuwiegen. Wenn der evangelische Volksteil mit derselben Würde die Herstellung der Gleichheit trägt, wie der katholische Volksteil seinerzeit den Zustand des Unrechts getragen hat, dann ist auf keiner Seite Anlaß zu befürchten, daß der konfessionelle Frieden im Lande Baden gefährdet werden könnte.

Die deutschen Mitglieder des Verwaltungsrates der D.S.Z.

Frankfurt a. M., 21. März. Als deutsche Vertreter im Verwaltungsrat der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich sind, wie die „Frankfurter Zeitung“ wissen will, neben den von amtswegen in den Rat eintretenden neuen Reichsbankpräsidenten Dr. Luther die Herren Melchior und Roensgen in Aussicht genommen.

Das rheinische Zentrum und die Younggeetze

Eine Rede Dr. Wirths

Köln, 21. März. Der Parteiausschuß der rheinischen Zentrumspartei trat heute vormittag hier zur Besprechung der Younggeetze zusammen. Unter den Anwesenden bemerkte man den Reichsminister Dr. Wirth, den Reichsminister v. Guérard, den Wohlfahrtsminister Girsiefer, den Reichstagspräsidenten Esser und zahlreiche Reichstags- und Landtagsabgeordnete. Der Vorsitzende, Justizrat Moening, dankte der Reichstagsfraktion für ihre Haltung bei der Verabschiedung des Gesetzes. Reichsminister Dr. Wirth ging bei der Besprechung der Stellung des rheinischen Gebietes im Völkerecht zu den Gaager Verhandlungen über. Er habe, so erklärte er, 1921 an der Wiege der heutigen Reparationspolitik gestanden. Damals sei er von der Fraktion gerade dazu gepöbelt worden, als Kanzler das Londoner Ultimatum anzunehmen. Wenn man 1920 bis 1922 in der Reparationspolitik Dokumente vor sich gehabt hätte wie den Dawes- und Youngplan, so hätten sich vielleicht nicht einmal Kreise von rechts damals zurückgezogen, solche Lösungen anzunehmen. Wirth legte dann die wirtschaftliche und politische Unvernunft des Londoner Ultimatum dar. Ein Vergleich zwischen dem Dawesplan und dem Youngplan zeige, daß der neue Plan objektiver und realistischer sei, wenn auch nicht ohne starken politischen Einschlag. Unter dem Youngplan käme Deutschland ziffernmäßig besser davon. Das Entscheidende sei, daß Deutschlands Leistungen beim neuen Plan definitiv nach oben begrenzt seien. Beim Dawesplan habe niemand sagen können, wann sich das System einmal totlaufen könne. Beim Transfer-Moratorium werde es sich zeigen, ob lediglich juristische Formen endgültig entscheiden, oder ob die tatsächliche wirtschaftliche Lage Deutschlands und der Welt zu einer Veränderung des Planes führen müsse.

„Sanktionen oder nicht nach Annahme der Younggeetze?“ — fragte Minister Wirth. Sanktionen hätte es im Verfallener Vertrag gegeben, also Repressalien, die die Gegner ansetzen könnten mit der Gewißheit, daß Deutschland diese Maßnahmen nicht als feindselig ansehen könnte. Sanktionen in diesem Sinne befänden jetzt nicht mehr. Die Paragraphen des Versailleser Vertrages seien in diesem Punkte ausgelöscht. Die Möglichkeit eines bewußten Bruches der Gaager Abkommen hält der Minister in der heutigen Zeit des Hochkapitalismus für unmöglich. Auch läge es in Deutschlands Hand, Repressalien, die etwa Frankreich ergreife, für feindselige Sanktionen zu erklären. Kein Minister könne eine Politik treiben, unter der nicht auch für das Rheinland ein gewisses Risiko bestehe. Dieses Risiko werde sich aber vermindern, wenn das rheinische Volk politisch bleibe. Noch sei das Rheinland ein Land minderen Grades. Aufgabe der Politik sei es, daraus ein Land gleichen Grades zu machen und zwar mit politischen Mitteln.

Der Konflikt Severings mit Thüringen

Die Antwort der thüringischen Regierung an Severing

Berlin, 21. März. (Eigene Meldung.) Die thüringische Regierung hat gestern einen Aufruf an das Thüringer Volk erlassen. Es wird darin erklärt, daß trotz mancher Zwischenfälle Regierung und Regierungsparteien „einig“ und entschlossen seien, sich von der Einlösung des Verprechens gegenüber Thüringen und der Erhaltung seiner politischen Selbstständigkeit nicht abringen und durch nichts stören zu lassen. „In diesem Zeitpunkt strengster und verantwortungsbewußter Arbeit um die Lebensinteressen des thür. Volkes,“ so heißt es wörtlich, „unternimmt es der der Sozialdemokr. Partei angehörende Reichsinnenminister Severing ohne jede haltbare Begründung und unter Mißachtung der getroffenen Vereinbarungen, in den geüblichen Fortgang der thüringischen Regierungsgeschäfte einzugreifen, und kündigt in einem Schreiben an die Landesregierung die Zurückhaltung von beträchtlichen, dem Lande zuzehenden Mitteln an. Wenn sich die Landesregierung mit dieser Kundgebung an die Öffentlichkeit wendet, weiß sie sich in der Zurückweisung dieser Angriffe eins mit der heimattreuen Thüringer Bevölkerung. Sie bittet das Thüringer Volk um Gefolgschaft und Treue in dem festen Willen, alle Angriffe auf die Ehre, das Ansehen und die Freiheit unseres lieben Heimatlandes abzuwehren.“

Der Aufruf an das Thüringer Volk ist namentlich unterzeichnet von sämtlichen acht Mitgliedern der Landesregierung von der Deutschen Volkspartei bis zu den Nationalsozialisten. Die Antwort der thüringischen Staatsregierung auf die Aktion des Reichsinnenministers gegen Thüringen ist heute morgen in Berlin eingegangen. Ihr Inhalt deckt sich vollständig mit dem vom Kabinett Fried erlassenen Aufruf „An das Thüringer Volk“. Heute vormittag ist diese Antwort sehr eingehend in Besprechungen beim Reichsinnenminister Severing erörtert worden.

Ausfall des Parteitags der D.S.Z.

Mannheim, 21. März. Nachdem der Parteivorstand gestern abend getagt hatte, begann heute vormittag die Reichsparteitagung der Deutschen Volkspartei mit der Sitzung des Zentralvorstandes. Die Tagung ist außerordentlich zahlreich besucht. Auch die Reichsminister Curtius, der seinen Erholungsurlaub in Locarno unterbrochen hat, und Moldenhauer sind nach Mannheim gekommen. Im Vordergrund der Sitzung des Zentralvorstandes stehen die großen Finanz- und Wirtschaftsprobleme. Sie nahmen den Hauptraum in dem großangelegten Referat ein, mit dem der Parteiführer Dr. Scholz die Zentralvorstandssitzung eröffnete. Die Finanz- und Wirtschaftsanfrage soll in Übereinstimmung mit dem Programm des Reichsfinanzministers in zwei Etappen durchgeführt werden: in der Sanierung der Reichsfinanzen, die in diesem Jahre zustandegebracht werden muß, und in der steuerlichen Entlastung der Wirtschaft, die in erster Linie der Neubildung von Kapital dienen soll.

Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei faßte am Freitag nachmittag eine Entschliessung, in der er den Ausführungen des Parteiführers und Vorsitzenden der Reichstagsfraktion zur politischen Lage, Beschlüssen des Reichsausschusses und der Reichstagsfraktion vom 2. März zustimmt und die Erwartung ausdrückt, daß die Reichstagsfraktion daran unbeirrt festhalten wird. Dem Parteiführer und der Fraktion spricht der Zentralvorstand sein Vertrauen aus.

Kommunisten stören Gottesdienste

Berlin, 21. März. Am Mittwochabend versuchten die Kommunisten gemäß der von der „Roten Fahne“ ausgegebenen Parole, die Gottesdienste in verschiedenen Kirchen zu stören. Während des Abendgottesdienstes drang eine Horde von 20 jugendlichen Kommunisten in die katholische Sankt-Basilus-Kirche in der Albenburgerstraße ein und schrie: „Rotfront!“ Eine Anzahl von Gemeindegliedern trieb die Störenfriede hinaus und konnte einen von ihnen festhalten und der Polizei übergeben. Um Beschädigungen der Kirche während der Nacht zu verhüten, übernahmen Gemeindeglieder die Bewachung des Gotteshauses.

Ein ähnlicher Vorfall spielte sich um 19.30 Uhr in Adlershof ab. Dort erschienen plötzlich während einer Abendandacht vier Kommunisten in der evangelischen Kirche und riefen ebenfalls „Rotfront!“ Ehe es gelang, die Störenfriede festzunehmen, waren sie bereits im Dunkel entkommen.

Ein neuer Brief des Reichsinnenministers an die thüringische Regierung

Berlin, 21. März. Der Reichsminister des Innern hat an das Thüringische Staatsministerium in Weimar folgendes Schreiben gerichtet:

Ihr Schreiben vom 20. März 1930 — 1 B 108/30 —, in dem Sie meine Anfrage vom 17. Februar 1930 beantworteten und zu den Mitteilungen meines Schreibens vom 18. März 1930 Stellung nahmen, ist heute früh in meine Hände gelangt. Daß das letztgenannte Schreiben erst nach seiner Verbreitung durch Rundfunk und Presse bei Ihnen eingegangen ist, bedauere ich. Das Schreiben ist, wie der Stempel des Einlieferungsscheines ausweist, am 18. März vom 20—21 Uhr bei der Post aufgegeben, die Presse aber erst am 19. März mittags benachrichtigt worden. Die Verbreitung durch den Rundfunk habe ich nicht veranlaßt.

Wenn Form und Inhalt meines Schreibens Sie außerordentlich befremdet haben und wenn Sie mitteilen, daß ein derartiges Vorgehen bisher im Verkehr zwischen Reich und Ländern nicht üblich war, dann habe ich zu erwidern, daß mein Schreiben nur die einzig mögliche Antwort darstellte, auf das Vorgehen, das von einem Mitglied des Thüringischen Staatsministeriums beliebt wurde und das in der Tat bisher im Verkehr zwischen Reich und Ländern nicht üblich war.“ Severing geht dann auf das Verhalten Fried ein, der in öffentlicher Versammlung sagte, Severing könne lange auf eine Antwort warten. Dann fährt er fort: „Durch die Mitteilung Ihrer Feststellung über den Bund „Adler und Falken“, mit der meine Anfrage vom 17. Febr. in der Form nunmehr beantwortet ist, ist zugleich der

übliche und amtliche Verkehr zwischen dem Thüringischen Staatsministerium und meiner Amtsstelle wiederhergestellt. Soweit im Rest des laufenden

Staatsjahres für Thüringen noch Fondsmittel in Betracht kommen, können Zahlungen jedoch nicht mehr geleistet werden, da über die betreffenden Fonds inzwischen reiflos verfügt worden ist.

Ob und inwieweit im nächsten Staatsjahr Mittel aus Fonds meines Ministeriums zur Verfügung gestellt werden können, ist von der Beschlußfassung der gesetzgebenden Körperschaften und der weiteren politischen Entwicklung abhängig.

Was die Frage angeht, ob die Voraussetzungen für die Gewährung eines Reichszuschusses

für Polizeizwecke von Seiten des Thüringischen Staatsministeriums noch vorliegen, so erkläre ich mich damit einverstanden, Untersuchungen zur Klärung dieser Frage anzustellen.

Als meinen Beauftragten zur Mitwirkung an dieser Untersuchung, nach Ziffer 1. Abs. 7 der Grundzüge bezeichne ich den Ministerialdirektor Menzel, den Leiter der zuständigen Abteilung im Reichsministerium des Innern, den Sie von der Anberaumung eines Termins für den Beginn der Untersuchungen gef. benachrichtigen wollen. Bis zum Abschluß der Untersuchungen bleibt es selbstverständlich bei der in meinem Schreiben vom 18. März mitgeteilten Anordnung. Auf die Ausführungen im Schlußabsatz Ihres Schreibens einzugehen, liegt für mich umsoweniger Anlaß vor, als die von Ihnen erwähnten Presseberichte meine Entschlüsse nicht beranlaßt haben.

gez. Severing.

Kann das Reich die Polizeizuschüsse sperren?

Berlin, 21. März. Wie wir von gut unterrichteter Seite hören, gründen sich die Maßnahmen des Reichsinnenministers gegen die thüringische Staatsregierung, insbesondere gegen den nationalsozialistischen Innenminister Dr. Feid, auf ein Sonderabkommen zwischen Reich und Ländern, die in den Jahren 1927 und 1928 in Ergänzung zu dem Polizeigesetz von 1920 abgeschlossen worden sind. Durch diese Abkommen hat das Reich das jährlich rund 200 Millionen Mark an die Länder als Zuschüsse für die Polizei abführt, ein gewisses Kontrollrecht über die Polizei, die an und für sich eine Länderangelegenheit ist. In den Abkommen heißt es ausdrücklich, daß das Reich berechtigt ist, die Zuschüsse an die Länder einzustellen, wenn Zweifel an der korrekten Führung der Polizei bestehen.

Der Anschlag der Hindenburgerklärung

Berlin, 21. März. Der Reichsinnenminister hat an die Länderregierungen einen Erlaß gerichtet, in dem mitgeteilt wird, daß die Reichsregierung dem Ersuchen des Reichstages, die Kundgebung des Reichspräsidenten vom 13. März 1930 über die Gaager Beschlüsse öffentlich anzuschlagen, nachkommt und die Reichszentrale für Heimatdienst mit der Durchführung des Anchlages beauftragt hat. Das Plakat wird die Ueberschrift „Reichspräsident von Hindenburg an das deutsche Volk“ tragen und soll an geeigneten öffentlichen Stellen, insbesondere auch an den öffentlichen Amtsgebäuden angeschlagen werden und 2 Wochen hängen bleiben. Der Minister bittet die Länderregierungen, die Landesabteilung für Heimatdienst weitestgehend zu unterstützen.

Die ostdeutsche Landwirtschaft an den Reichspräsidenten

Berlin, 21. März. Bei dem Reichspräsidenten ist nachfolgendes Telegramm eingegangen: „Namens der ostdeutschen Landwirtschaft danken die unterzeichneten Landwirtschaftskammern dem Herrn Reichspräsidenten für seine väterliche Fürsorge. Möge Euer Excellenz starken Hand es gelingen, in kürzester Frist diejenigen drückenden Maßnahmen zur Durchführung zu bringen, die allein unteren in schwerster Not um sein Leben ringenden Berufsstand retten können. Die Präsidenten der ostdeutschen Landwirtschaftskammern v. Bernuth, Dr. Brandes, v. Flemming, Franke, v. Oppen, Weber.“

Die kleine Eva

Roman von C. Frazer-Simon. Copyright bei Georg Müller, München

21

Aber nun galt es, sie dort hinzubringen, und dazu hätte Eva fast der Mut gefehlt. Noch immer steckte ihr der Schrecken der letzten Nacht in den Knochen. Aber einmal mußte es doch geschehen und darum war es das Beste, es gleich zu tun! Worten machte die Sache um nichts leichter.

Sie zog sie eilig ihren Rock aus, vertauschte ihre Schuhe mit einem Paar Pantoffeln und hüllte sich in einen langen, dunklen Toilettenmantel Peters, damit es ausseh, als wäre sie bereits zu Bett gewesen, falls sie wieder auf Eratton treffen sollte. Doch an diese Möglichkeit wollte sie nicht denken. Nun war sie bereit. Sie steckte noch eine elektrische Taschenlampe zu sich, dann ergriff sie die Kleiderbürste, warf den Mantel über den Arm und zog los.

Wer je durch ein großes, leeres Haus zur Nachtzeit gewandert ist, kennt das Grauen der Stille, das ärger ist als die Angst vor jedem irdischen Laut.

Während Eva die Treppe hinabstieg, vernahm sie nichts, als das leise Tappen ihrer eignen Fußstritte, als sie aber am Fuß des Stiegenhauses stand, hörte sie ein Geräusch. So schwach war es, daß sie die Richtung woher es kam, nicht angeben vermochte und sich fragte, ob sie sich nicht überhaupt getäuscht hätte. Voll Schrecken rannte sie durch den Gang, so schnell, als es bei der völligen Dunkelheit nur möglich war.

Fröstelnd durchschritt sie die Waisküche. Von dem Steinpflaster froch ihr die Kälte in die Beine. Noch war eine Tür aufzuschließen, dann befand sie sich im Anbau.

Sie stand in einer länglichen Halle, aus der eine Treppe zu den vier oberen Räumen emporführte. Der Geruch von Mottenpulver drang ihr in die Nase, ein Geruch, den sie verabscheute und der sie in Zukunft immer wieder an diese Nacht erinnern sollte. Hier herrschte eine Stille wie sie nur verlassenen Räumen eigen ist. Endlich durfte sie es wagen, ihre Taschenlampe anzuknippen. Sie sah, daß die Halle leer war bis auf einen Tisch und einen Haufen alter Vorhänge in einem Winkel.

Vor der Abreise der französischen Delegation

London, 21. März. (Reuter.) Auf der Flottenkonferenz herrschte tiefe Niedergelassenheit. Die französischen Delegierten haben Anstalten getroffen, nach Paris zurückzukehren, nachdem sie heute Abend mit Standi eine Besprechung hatten. Wie bestimmt verlautet, werden Briand und Tardieu erst dann nach London zurückkehren, wenn neue Vorschläge gemacht worden sind.

Neue Schwierigkeiten der Genfer Wirtschaftskonferenz

Genf, 21. März. Die zweite Lesung des wirtschaftlichen Verhandlungsprogramms hat heute vormittag im zweiten Hauptabschnitt zu einer neuen Schwierigkeit geführt. Die italienische Delegation hat ein Gegenprojekt eingereicht, das zwar das Programm selbst in der Hauptsache übernimmt, aber das Verfahren zur Vorbereitung der für die nächsten Jahre geplanten neuen internationalen Außenhandelskonferenz erheblich lockert und von einer datenmäßigen Festlegung der einzelnen Etappen absehen will. Damit würde die Bedeutung des Verhandlungsprogramms noch weiter abgeschwächt werden. Die italienische Delegation begründete ihren Standpunkt mit der absoluten Notwendigkeit, daß die Bewirkung eines jeden Teiles des Programms jeweils nur dann eingeleitet wird, wenn die Aussichten auf Erfolg mindestens wahrscheinlich, wenn nicht sicher sind. Der englische Vertreter, Sir Sidney Chapman, erklärte, das italienische Gegenprojekt stelle die Konferenz vor eine ihrer größten Schwierigkeiten. Es handele sich um eine fundamentale Umstellung des Programms. Eine Zustimmung sei für die englische Delegation unmöglich. Chapman appellierte deshalb an die italienische Delegation und schlug vor, sie möge das Programm unter Vorbehalt der endgültigen Zustimmung ihrer Regierung unterzeichnen.

Tariferhöhung bei der Reichsbahn?

Dr. Sch. Berlin, 21. März. (Eig. Drahtber.)

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft tritt in der nächsten Woche zu einer Sitzung zusammen, in der erneut die Frage der finanziellen Entlastung der Deutschen Reichsbahn geprüft werden. Damit steht wieder einmal die Frage der Tarifierhöhung zur Debatte und es besteht wenig Hoffnung, daß es möglich sein wird, eine neue Erhöhung der Tarife zu vermeiden. Zwar ist teinerzeit von der Deutschen Reichsbahngesellschaft vorge schlagen worden, eine Verringerung der Verkehrssteuer vorzunehmen und auf diese Weise die notwendigen Mittel zu beschaffen. Bei der gegenwärtigen Lage der Reichsfinanzen dürfte aber eine Kürzung der Verkehrssteuer kaum mehr ernstlich erwogen werden und so muß man leider damit rechnen, daß der Weg der Erhöhung von Einzelтарифen beiderhalten wird. Wie verlautet, hat die ständige Tariffkommission der Reichsbahn bereits eine weitgehende Vorlage über eine evtl. notwendig werdende Neugestaltung der Tarife ausgearbeitet.

Die Städte zur Finanzreform

Berlin, 21. März. Der Gesamtvorstand des Reichsstädtebundes tagte heute. Er nahm zur Reichsfinanzreform einstimmig eine Entschlüsselung an, in der es heißt: „Infolge des Anstiegens der Ausgaben für Wohlfahrtsverbände, für das gesamte Schulwesen und die Polizei, sind in der Mehrzahl der mittleren und kleinen Städte trotz größter Sparanstrengungen große Fehlbeträge entstanden, die im Rechnungsjahr 1929 nicht mehr gedeckt werden können, weil sowohl die Realsteuern als auch die Werktarife in vielen Fällen das Höchstmaß des Erträglichsten erreicht haben. Diese Notlage wird gesteigert durch die zum mindesten gleichen Fehlbeträge für 1930. Besonders mißlich gestaltet sich die Lage in kleineren Städten bei Stilllegung eines örtlichen Großunternehmens durch erhebliche Minderung ihrer Steuereinnahmen und gleichzeitiger Erhöhung ihrer Wohlfahrtslasten. Der Reichsstädtebund erwar-

Der Empfang der „Europa“ in England

London, 20. März. Der neue Schnelldampfer „Europa“ traf heute früh auf der Jungfernfahrt von Bremen nach New York auf der Reede von Cowes ein. Die Ankunft des prächtigen Schiffes wird von der Presse als großes Ereignis gewürdigt. Zahlreiche vom Norddeutschen Lloyd geladene Gäste, darunter Votschaffer Stamer, Graf Bernstorff von der deutschen Botschaft in London und eine Reihe von Vertretern der englischen Presse begaben sich an Bord der „Europa“, wo sie von den Herren des Norddeutschen Lloyd, Präsident Heinemann und Generaldirektor Stimming, herzlich begrüßt wurden. Nach Ansprachen des Präsidenten Heinemann und des Votschaffers wurde das Prachtschiff von den Gästen besichtigt.

Die aus Bremen mit der „Europa“ eingetroffenen deutschen Gäste, darunter Ministerpräsident Brauns, der Reichspresseschef Juchacz und Herr Krupp von Bohlen und Halbach, sowie zahlreiche führende Mitglieder der deutschen Presse traten heute mit dem Schwesterschiff der „Europa“, der aus New York später eingetroffenen „Bremen“, die Heimfahrt nach Deutschland an.

Wie Sabas aus Cherbourg berichtet, hat der deutsche Schnelldampfer „Europa“ heute nachmittag Cherbourg angelaufen. Sein Aufenthalt dauerte 65 Minuten. Um 17.30 Uhr französischer Zeit trat der Dampfer die Weiterreise nach New York an. Der Kapitän der „Europa“ erklärte, er werde während dieser Reise nicht versuchen, die Rekordzeit der Ueberfahrt zu verbessern, denn es seien Stürme gemeldet.

Der Besuch der „Europa“ in Southampton begegnet größtem Interesse. „Daily Mail“ schreibt: Die beiden schnellsten Dampfer der Welt, die „Bremen“ und „Europa“ gingen gestern auf der Reede von Cowes vor Anker. Sie sollen Deutschland seine verlorene Stellung auf dem Ozean zurückgewinnen. Großbritannien darf jetzt nicht länger auf seinem Vorbeeren ausruhen, es muß neue und schnellere Schiffe bauen. Allerdings wird der Verlust, das Blaue Band des Ozeans zurückzugewinnen, erst in drei Jahren gemacht werden können.

tete daher von der bevorstehenden vorläufigen Reichsfinanzreform eine Ausdehnung der Artistenfürsorge auf alle Berufe ohne gettliche Begrenzung, eine ausreichende Beteiligung der Gemeinden an den erhöhten Reichsfinanzen, insbesondere durch Erhöhung der Umlagsteuer auf 1 Prozent, und eine gettliche Verpflichtung der Gemeinden zur Erhebung einer Getränkesteuer. Ebenso dringlich ist der preussische Schullastenausgleich für 1930.“

Ein Fehlbefehl

Dr. Sch. Berlin, 21. März. (Eig. Drahtber.)

Die Beschlüsse des Reichsrats, durch die auf den Antrag Preußens hin die Länder in Zukunft aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer höchstens 90 Prozent ihres Aufbringens überwiegen erhalten sollen, wirken sich in ihrer Ausführung bereits aus, daß die Länder Oldenburg, Mecklenburg-Schwerin, Lippe-Deimold, Mecklenburg-Strelitz und Schaumburg-Lippe von der Neuordnung erheblich betroffen werden. Grundbesitz werden den Ländern 75 Prozent der von ihnen aufzubringenden Einkommen- und Körperschaftsteuern überwiegen. Wenn jedoch leistungsschwache Länder den Nachweis erbringen, daß es ihnen nicht möglich ist, mit den normalen Ueberweisungen auszukommen, konnten die Ueberweisungen bisher bis auf 100 Prozent erhöht werden. Nach den Beschlüssen des Reichsrats soll jedoch die oberste Ueberweisungsgrenze höchstens 90 Prozent betragen und der Rest zur Verteilung der Verwaltungskosten des Reiches verwandt werden. Nachdem man sieht, wie sich die Beschlüsse des Reichsrats in der Praxis auswirken, wird es notwendig sein, daß der Reichstag den vom Reichsrat genehmigten Antrag Preußens noch einmal auf das genaueste überprüft. Nebenfalls wäre es nicht zweckdienlich, wenn kleine, leistungsschwache Länder vorzeitig gezwungen würden, ihre Selbständigkeit aufzugeben, besonders, inwieweit ihre Vereinigung mit Preußen in Frage kommt.

Eiliga schob sie ihre Sachen unter den Tisch und deckte einen der Vorhänge darüber. Dann schloß sie die Tür zum Küchegarten auf und wandte sich wieder zum Gehen.

Erst jetzt als sie an den langen Rückweg dachte, kam ihr das Geräusch, das sie gehört hatte, von neuem ins Bewußtsein. Einige Zeit zögerte sie noch, doch die Kälte trieb sie schließlich weiter. Nachdem sie die Zugangstür zum Anbau abgeschlossen und den Schlüssel an sich genommen hatte, schlich sie sich durch den Gang bis zum Fuß des Stiegenhauses. Wieder schen sie ihr, als ob von irgendwoher im Hause ein Laut kam, dessen Ort sie auch diesmal nicht zu bestimmen vermochte. Langsam und immer wieder anhaltend stieg sie die Treppe hinauf. Oben angekommen, blieb sie mit stotterndem Atem und vor Entsetzen aufgerissenen Augen stehen.

Die Tür zu ihrem Korridor, die sie sorgfältig geschlossen hatte, stand offen, weit offen . . .

11. Kapitel

Peter rührte sich nicht und spähte durch einen Spalt in der Tür des Badezimmeres in den andern Raum. Er sah Smith und Brown hereineilen und ans Fenster stürzen.

„Zum Teufel, er ist fort!“ rief Brown. „Ich sagte dir doch, ich hörte ein Fensterknarren, aber du wolltest es nicht glauben.“

Smith schien auf seine Vorwürfe nicht zu achten. „Da schau her“, sagte er, „er ist an der Magnoite heruntergefallen. Du kannst sehen, wo sie abgebrochen ist.“

Brown war schon wieder aus dem Zimmer und rief von der Tür aus zurück: „Auf was wartest du denn noch, du Narr? Wir müssen ihn wiederbringen.“

Peter wartete, bis ihre Schritte verhallt waren, ehe er etwas zu unternehmen mochte. Dann streckte er vorsichtig den Kopf aus dem Badezimmer und sah zu seiner Freude, daß keine Feinde die Gangtür offengelassen hatten. Offenbar kannten sie das Sprichwort, daß es keinen Sinn habe, die Tür zu schließen, wenn die Kuh aus dem Stall war. Nur war die Kuh in diesem Fall noch im Stall!

Peter froch auf allen vieren durch das Zimmer, da er sich an das offene Fenster und das Licht erinnerte. Im nächsten Augenblick war er auf dem Gang. Er erstreckte sich nach rechts und links, da Peter aber keine Wächter immer von links hatte

kommen hören, schlich er selbst in dieser Richtung weiter. Seine Angst galt Robinson. Smith und Brown suchten nun sicher im Garten umher, doch hatten sie sich in ihrer Hast und Aufregung wohl kaum Zeit genommen, Robinson zu rufen, der nun, von dem Lärm aufgeweckt, jeden Augenblick erscheinen konnte.

Der Gang führte auf eine Galerie, die rund um das oberste Stockwerk herumführte. Das Stiegenhaus erhielt Licht bei Tage durch ein ins Dach eingeleitetes Glasfenster. Peter lehnte sich über das Geländer und sah auf die zwei Stockwerke tiefer gelegene Halle hinab. Zeit war nicht zu verlieren. So lief er schnell die Treppe hinab, die glücklicherweise mit dicken Teppichen belegt war.

Er war schon auf dem ersten Absatz und eben im Begriff, weiterzulaufen, als ihn ein Geräusch einhalten ließ. Wischnell versteckte er sich zwischen der Wand und einem großen Schrank und wartete atemlos. Das Geräusch hatte sich zu einem Gewirr von Schritten und Stimmen verdichtet, die immer näher kamen.

Blötzlich schob Robinson um die Ecke. Er hatte graue Flanellhosen an und war angelegentlich damit beschäftigt, seinen Rock zuzuknöpfen, an dem von hinten eine merkwürdige Gestalt hing; eine rundliche Frau in einem hellroten Morgenrock. Bild hingern ihr die Saarflechten um den Kopf. Nach den Ausdrücken zu schließen mit denen Robinson sie beherrte, mußte sie wohl kein Eheweib sein. Offenbar war er durch den Lärm wach geworden, hatte sich aufgemacht, Nachforschungen anzustellen, und Frau Robinson pro'ektierte jetzt in heller Angst dagegen, alleingelassen zu werden.

„Er ist los und wird mir die Gurgel abschneiden, wenn du weg bist“, lamentierte sie, und Peter begriff, daß er selbst es war, dem die arme Dame solch schredliche Absichten zutraute.

„Laß meinen Rock gehen, Angela, und hör zu jammern auf“, entgegnete der herzlose Gatte. „Ich höit nichts dagegen, wenn er dir die Gurgel abschneit, das einzige Mittel, um dich zum Schweigen zu bringen. Laß den Rock los, sag ich!“

„Für nichts in der Welt laß ich ihn los. Und nicht wenn der König von England käm' und mich auf der Anien drum sitzen müß!“

(Fortsetzung folgt.)

Der Streit um den Finanzausgleich zwischen Reich und Ländern

Preußens Kampf gegen § 35 des Finanzausgleichsgesetzes. Von August Albert.

Das Finanzausgleichsgesetz vom 27. April 1925 enthält in § 35 die Bestimmung, daß der Anteil jedes Landes an den Ueberweisungen aus der Reichseinkommen- und Körperschaftsteuer so berechnet wird, als ob wenigstens 80 v. H. dessen, was im Reich pro Kopf der Bevölkerung von der Einkommens- und Körperschaftsteuer aufgebracht worden ist, in dem betreffenden Lande aufgebracht worden wäre. Falls tatsächlich das örtliche Aufkommen in den einzelnen Ländern um mehr als 20 v. H. geringer ist, als das durchschnittliche Reichsaufkommen, so wird den Ländern der Unterschiedsbetrag aus allgemeinen Reichsmitteln ergänzt. Auf Grund dieser Bestimmung sollen nach dem Reichshaushaltsplan für 1930 Bayern 24,3, Thüringen 1,9, Mecklenburg-Schwerin 5,4, Oldenburg 3,6, Lippe 1,2 Millionen Mk., Mecklenburg-Strelitz 700 000 und Schaumburg-Lippe 392 000 Mk. erhalten. Insgesamt beträgt die vom Reich den Ländern aufgrund des § 35 zu zahlende Summe 37,7 Millionen Mark.

Bis Ende des Rechnungsjahres 1927 hat der § 35 sich nur für die Länder Mecklenburg-Schwerin, Anhalt, Lippe, Mecklenburg-Strelitz, Waldeck und Schaumburg-Lippe ausgewirkt, die insgesamt 7,659 Millionen Mk. für das Jahr 1926 und 6,389 Millionen Mk. für das Jahr 1925 erhielten. Im Jahr 1927 erhielt auch Bayern (für das Jahr 1926) einen Ergänzungsanteil von 6,227 Millionen Mk. und 1928 (für 1927) 7,654 Millionen Mark. Außerdem erhielt Thüringen 2,000 Millionen Mark.

Der Differenzbetrag von 20 v. H. wurde seinerzeit vom Reich vollkommen willkürlich gewählt. Das bedeutet eine starke Benachteiligung der Länder mit Bauern und Mittelstandcharakter. Zu diesen gehört auch Baden, weil für dieses der Schutz des § 35 noch nicht wirksam geworden ist. Daher wirken sich weitere Rückgänge im Aufkommenschlüssel roll aus. Darauf hat auch der Herr badische Finanzminister in seiner jüngsten Denkschrift ausdrücklich hingewiesen. Das Land Baden muß auf die Aufrechterhaltung der Schutzbestimmung des § 35 großen Wert legen, denn auch hier sind durch die Inflation Bauern und Mittelständler verarmt und haben kein bares Betriebskapital mehr. Die Steuerlasten haben so ziemlich jede Möglichkeit neuer Kapitalbildung bei der Landwirtschaft und beim Mittelstand vernichtet und daher sind diese beiden Erwerbsgruppen nicht mehr steuerträchtig. Sie treten bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer immer mehr in den Hintergrund. Wenn nun das Dotationsystem im Reich beibehalten und wenn den Ländern je nach dem örtlichen Aufkommen der Einkommen- und Körperschaftsteuer — entsprechend dem sogenannten Aufkommenschlüssel — ein bestimmter Anteil an der im Lande aufgetragenen Einkommen- und Körperschaftsteuer überwiesen wird, dann ist es ganz natürlich, daß bei dieser ungleichen Auswirkung des Reichsteuersystems auf die einzelnen Länder die wirtschaftlich schwächeren in die Gefahr kommen, vernichtet zu werden. Dabei kommt niemand im Ernst behaupten, daß diese Länder an ihrer eigenen Lebensfähigkeit zugrunde gehen. Vielmehr ist die Schmälerung des Steuerertrages die Ursache. Betrachten wir den wirtschaftlichen Aufbau in unserem badischen Land, so ist zu sagen, daß er vor dem Krieg kein anderer war als heute. Aber die Finanzen des Landes waren gesund und wir hatten ein Steuerertrags, das den wirtschaftlichen Verhältnissen des Landes angepaßt war. Dieses mußte zu Gunsten des Reichsteuersystems aufgegeben werden. Wie in Baden so sieht es auch in anderen Ländern. Die daraus in finanzieller Hinsicht für die Länder entstehenden Gefahren hat das Reich auch anerkennen müssen und deshalb wurden die Schutzbestimmungen des § 35 im Finanzausgleichsgesetz geschaffen.

Vom Reich her ist aber in der Folgezeit immer wieder der Versuch auf Beseitigung des § 35 unternommen worden. Es stand aber hier dem geschlossenen Widerstand der Länder gegenüber, mit Ausnahme von Preußen, das seit langem auf die Beseitigung des § 35 hinarbeitet. Unter dem Einfluß des Staatssekretärs Popitz hat noch der letzte Finanzminister Dr. Sillferding in Punkt 10 seines Finanzprogramms die Aufhebung des § 35 vorgelesen gehabt. Um Bayern dafür zu gewinnen, versprach man dort eine Erhöhung der Ueberweisung um etwa 20 Millionen. Der neue Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer hat sich die Silberding-Rodighsches Pläne nicht zu eigen gemacht. Nun kam aber von Preußen her im Reichstag der Antrag, den § 35 zu beseitigen. Zur Begründung wurde angeführt, der § 35 liehe mit dem Wesen eines föderalistisch aufgebauten Staates im Widerspruch, zu dessen Wesen es logischerweise gehöre, daß jedes Glied des Bundes zum mindesten für sich lebensfähig sei und zu den gemeinsamen Kosten entsprechend beitragen könne. Der § 35 bedeute aber auch eine Unbilligkeit gegenüber den nicht bevorrechteten Ländern, welche diese Mittel für die Steuererhöhungen aufbringen müßten. Die Vorchrift des § 35 erhalte Gebiete als Staaten künstlich aufrecht, die nach Umfang und Lage zur Erfüllung staatlicher Aufgaben nicht leistungsfähig seien, ohne den Angehörigen des Staates zum Bewußtsein zu bringen, welche Opfer die Aufrechterhaltung einer besonderen Staatlichkeit erfordere. Man braucht nicht lange nachzudenken, um zu erkennen, daß hinter diesen Argumenten nicht rein finanzielle Erwägungen stehen, sondern vor allem politische. Und man erkennt das noch deutlicher, wenn man sich einer jüngst im preußischen Landtag gehaltenen Aeußerung des Finanzministers Höpker-Wischhoff erinnert, der erklärte, es sei sogar zu begrüßen, wenn infolge der Aufhebung des § 35 einzelne im Norden Deutschlands gelegene Länder gezwungen würden, sich an Preußen anzuschließen.

Von Preußen wird auch angeführt, daß das bisher auf Grund des § 35 unterstützte Waldeck jetzt reichlich geworden ist und damit Preußen die an Waldeck gewährte halbe Million nicht mehr erhalte. Weiter sagt Preußen, wir haben auch feuerlöschende Provinzen und müßten eigentlich auch für diese insgesamt 72,1 Millionen erhalten, wenn der gleiche Schlüssel auf die feuerlöschenden Provinzen angewendet würde. In Wirklichkeit erhält Preußen zur Zeit nichts. Dieser Einwand kann insofern nicht gelten, als es sich hier um eine Sache des innerpreussischen Finanzausgleiches handelt. Daß es nicht finanzielle Erwägungen sind, welche Preußen zum Kampfe gegen den § 35 veranlassen, darf man wohl mit Recht daraus schließen, daß der Gesamtbetrag der aus § 35 an die feuerlöschenden Länder überwiehen wird, gerade 0,2 v. H. des gesamten Reichshaushaltes ausmacht!

Preußen geht systematisch darauf aus, die kleinen Länder kaputt zu machen. Tatsächlich bedeutet der § 35 die Existenzgrundlage für eine Reihe von Ländern, da deren Lebensfähigkeit in Frage steht. Fällt der § 35, so ist das Schicksal dieser kleinen Länder entschieden, und zwar im preussischen Sinne, denn es bleibt ihnen ja gar nichts anderes übrig als der Anzuehung an Preußen. Damit würde automatisch der große norddeutsche Block geschaffen, eine Entwicklung, die nicht im Interesse des Reiches gelegen ist. Die Haltung Preußens in dieser Frage zeigt wieder deutlich, daß nicht an eine Auflösung, sondern weit eher an eine straff zentralistische Zusammenfassung gedacht ist. Ganz allgemein gesehen, muß festgestellt werden: fällt der § 35, so steht der weiteren Untertierung nichts mehr im Wege. Es wird sich dann die Finanzfrage in einem Sinn auswirken, durch den der Aufbau des Reiches berührt wird. Auf dem Umweg über die Finanzpolitik kann erst recht die Selbständigkeit der Länder vollkommen ausgehöhlt werden. Es ist anzunehmen, daß auch jetzt wieder im Reichsrat der preussische Antrag nicht zur Annahme gelangt, der in Bayern eine sehr starke Zustimmung ausgelöst hat. Nach der bisherigen Haltung wird auch Baden gegen den preussischen Antrag stimmen. Uebrigens können die Länder auf einen verfassungsmäßigen Anspruch hinweisen, denn im zweiten Abschnitt des § 8 der Reichsverfassung ist ausdrücklich gesagt, daß die Aufrechterhaltung der Lebensfähigkeit der Länder vom Reich berührt werden muß, wenn es Abgaben oder sonstige Einnahmen in Anspruch nimmt, die bisher den Ländern zustanden.

Die ganze Frage des § 35 wäre weit weniger bedeutungsvoll, wenn der Verteilungsschlüssel bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer ein gerechter wäre. Der zurzeit geltende Schlüssel beruht auf dem Steuerjoll von 1927 und ist der sog. „Aufkommenschlüssel“. Der § 35 des Finanzausgleichsgesetzes aber zeigt, daß das Grundelement der Verteilung der Einkommenschlüssel sein muß, denn er geht ja von der Kopfproportionalität aus. Würde die Einkommen- und Körperschaftsteuer nach dem Einkommenschlüssel verteilt, so hätte der § 35

nur mehr theoretische Bedeutung, denn die Länder, die heute den Schutz des § 35 beanspruchen, würden eine solche Erhöhung ihrer Ueberweisungen erfahren, daß sie diesen Schutz gar nicht mehr nötig hätten. Bayern würde z. B. fast das Dreifache, Thüringen rund das Sechsfache von dem erhalten, was sie heute bekommen.

Daß der heute geltende Verteilungsschlüssel ein ungerechter ist, darauf hat auch der Herr badische Finanzminister bei den verschiedenen Gelegenheiten hingewiesen und sich für eine Korrektur eingesetzt. Die Meinungen in dieser Frage gehen natürlich sehr auseinander. Von Bayern hat Professor Dr. Rawitsch sich für den sogenannten Bedarfsschlüssel in einer umfangreichen Denkschrift eingesetzt als dessen Grundlage ihm eine Kombination zwischen Gebietsgröße, Bevölkerungsziffer und Steueraufkommen geeignet erscheint. Eine Denkschrift der sächsischen Staatsregierung wendet sich entschieden gegen diese Auffassung, weil sie in ihrer Durchführung zum finanziellen Zusammenbruch Sachsens führen würde. Die sächsische Denkschrift fordert, daß das Aufkommen als Länder Schlüssel beibehalten werde. Vom sächsischen Standpunkt gesehen, ist das leicht begreiflich, denn das industriereiche Sachsen ist wie Hamburg durch den reinen Aufkommenschlüssel bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer besonders begünstigt. Die Verteilung nach dem Aufkommenschlüssel allein muß immer zu Ungerechtigkeiten führen, daß deshalb, weil in einer ganzen Reihe von Fällen das Aufkommen kein solches des Ortes ist, wo die Steuererklärung abgegeben wurde. Man bräuchte ja den Aufkommenschlüssel gar nicht ganz zu beseitigen; es würde schon zu großen Verbesserungen führen, wenn man die Verteilung halb nach dem Einwohner- und halb nach dem Aufkommenschlüssel vornehmen würde. Das eine steht indes fest: Solange nicht eine bessere und gerechtere, den Bedürfnissen der Länder entsprechende Schlüsselstellung der Verteilung der Einkommen- und Körperschaftsteuer gefunden ist, kann von einer Aufhebung des § 35 keine Rede sein. Sie ist für die kleinen und mittleren Länder vollkommen undiskutabel.

Kohlen- und Eisenland

Eindrücke einer Fahrt durchs Rheinisch-westfälische Industriegebiet

Von Heinrich Kippel.

II. (Schluß.)

Wer mehr als oberflächliche Eindrücke sammeln will, der muß dorthin gehen, wo die Bewohner dieses Gebietes direkt oder indirekt ihr Brot verdienen, wo die Produktionsstätten, die die Wirtschaft hehrreichen, Gestalt annehmen; er muß die Werke besichtigen. Mittel und Wege dazu gibt es genug. Im westlichen Teil des eigentlichen Industriegebietes, am Rhein, in der Linie Duisburg, Hamborn, Dinslaken, dominiert der Hochofen. Hier sieht die Eisenindustrie nicht mehr direkt auf der Kohle. Eisenhütte und Hochofen bilden zumeist keine technische Einheit, sondern auf einem anderen Gebiet voll durch weitgehende Konzentration und Trüffbildung die Hüttenwerke in Bezug auf die Kohle Selbstversorger sind. Die technische Einheit ist aber auf einem anderen Gebiet vollkommen durchgeführt, auf dem der Barmeerhaltung. Wenn das Eisen in weitläufigen Bächen aus dem Hochofen fließt, dann muß es die Höhe, die es dort empfangen hat, noch für den ganzen weiteren Bearbeitungsprozess beibehalten. Wärme ist Geld und der moderne Produktionsprozess duldet nicht, daß Werte sich ungenützt verflüchtigen. Dieser kategorische Imperativ ist es, der aus einem Stahlwerk eine so mächtige technische Einheit schafft.

Sinn verwirrend ist eine solche Hochofenanlage, und doch wieder von einer eigenartigen Schönheit in ihrer planvollen Zweckmäßigkeit. Von den eigentlichen Hochofen sieht man nur wenig. Sie sind umgeben von Eisengerüsten. Schräglaufzüge führen nach oben, bilden mit den senkrechten Teilen gigantische Dreiecke aus Eisengerüstwerk. Das eigentliche Charakteristische aber sind die runden glatten Kamine, die Rinderhüser, von denen vier zu einem Hochofen gehören. Hier gibt es keine Ruhe, Tag und Nacht. Sonntag und Werktag führen die Schräglaufzüge dem Hochofen ununterbrochen seine Nahrung zu — Koks und Erz. — braust ein Orkan von heißer Luft, angefangen von mächtigen Kompressoren von unten her durch die wabernde Lohse getrieben. Stille bedeutet hier den Tod, ein Hochofen darf nicht erkalten. Beim Abfließen hier ein weißglühendes Bad flüssigen Eisens in fahrbare Pfannen, die von Lokomotiven in das Stahlwerk gefahren werden. Die schwebenden Bessenerbrüden von der Größe eines Luftballons empfangen aus den von Kranen gehaltenen Pfannen ihre feurige Ladung. Von unten wird wieder Luft durchgepreßt, mit Zischen und Sausen verbrennt der Kohlenstoff im Eisen, Stahl, der unentbehrliche Werkstoff unserer Zeit entsteht. Ein Feuerstrom schießt nach oben. Hier ist die wahre Zyklopenwerkstatt, der eindrucksvollste Anblick, den die Industrie überhaupt bieten kann. Wieder schwenken die Rinnen nach vorne, der Stahl strömt unter Funkenprällen in die Gießpfannen, wird von dort in Blockformen gegossen. Dann muß der Stahl etwas von seiner Wärme abgeben, er muß von dem flüssigen in den festen Zustand übergehen. Mächtige Zangen greifen dann den weißglühenden Block, legen ihn auf das von Walzen gebildete „laufende Band“. Er gleitet zwischen die mächtigen Walzen des Vorwalzwerkes. Hin und her muß er hier wandern, bis er getrocknet ist, dann erweist ihm ein anderes Walzenpaar und schließlich ist aus dem etwa zwei Meter langen Block eine Eisenbahnstange von etwa 50 Meter entstanden, die durch eine Kreisfräse in die erforderlichen Längen geschnitten wird. Notglühend noch wird sie, alles auf mechanischem Wege beiseite gelegt, um allmählich diese Wärme zu verlieren, die einige Stunden vorher im Hochofen das Eisen aus dem Erz getrieben hat. Göchle Defonomie in Arbeit und Stoff, daß ist die Lebensfrage für diese Werke. So mächtig sie sind, sie können erkalten wenn die Selbstkosten über ein gewisses Maß steigen.

Dort, wo scheinbar Ueberflut an Kohle herrscht, wird dieser kostbare Rohstoff besser ausgenützt als Tausende von Kilometer von den Bergwerken entfernt.

Man fängt die Hochofengase auf, die noch um die Jahrhundertende als Niesensackel den Himmel erleuchten, ein schönes aber nutzloses Schauspiel. Man leitet sie unter Dampfessel, in Gasmotoren. Die Koksfragase werden durch Ferngasleitungen weithin verfrachtet. Bis Hannover geht ein Strang, im Industriegebiet selbst liegt schon ein dichtes Netz und versorgt die Städte mit hochwertigem Gas, das sonst ganz ökonomisch verwendet werden müßte. — Zehntausende von Arbeitern verlassen bei Schichtschluß das Werk. Wir haben bei einem dreistündigen Rundgang nur einige Hundert davon gesehen. Bei den Hochofen hat man den Eindruck

eines Geisterwerkes, das von selber funktioniert. Gewaltige Produktionsmittel sind dem einzelnen Arbeiter in die Hand gegeben. Man begreift, daß diese technischen Bedingungen hindrängen zu immer gewaltigeren Zusammenflüssen und Kapitalakkumulationen.

Bei Dortmund fahren wir in einen Schacht der Zeche „Ministerstein“ ein. Verblüffend ist schon das, was sich über Tage abspielt. Die Fördertürme mit den freistehenden Rädern, die Wahrzeichen des Bergengebietes werden unmodern. Hier steht auf schlankem Eisengerüst in sechzig Meter Höhe ein leganter Zweckbau, der die Fördermaschinen enthält. Der Raum da oben sieht aus, wie der Festsaal eines Rathauses. Reinliche Sauberkeit, hohe Fenster mit weißen Vorhängen, glühendes Messing, nicht von alledem, was man sich unter Bergwerksbetrieb vorstellt. Auf einem Klüppel sitzt der Fördermaschinenist und versieht ein verantwortungsvolles Amt. Für ihn existieren nur die weißen Pfeile, die auf eine Stala auf- und berggleiten und den Stand der Förderkörbe anzeigen. Der Schacht ist die Lebensader des ganzen Betriebes. Die raffiniertesten Abbaumethoden, die besten Kohlenverwertungsanlagen sind in ihrer Höchstleistung an das gebunden, was durch die enge Röhre gefördert werden kann. Größte Fördergeschwindigkeit und militärische Pünktlichkeit sind daher Grundbedingung. Bei Schichtwechsel verläuft der Schacht 1800 Mann in 12½ Minuten und befördert ebenfalls viele nach oben. Bei der Kohlenbeförderung wird fast die Geschwindigkeit des freien Falles erreicht.

Ist man unten angelangt, so befindet man sich in einem riesenhaften Bahnhof, dem Füllort. Auf zehn Geleisen nebeneinander harren in enbloßen Reihen die beladenen Förderwagen auf den Transport nach oben. Schlag auf Schlag werden sie in den vierstöckigen Förderkorb gestoßen, wobei zugleich auf der anderen Seite die leeren von oben gekommenen Wagen herausgedrückt werden. Auf ein Glodenzweigen schiebt der Korb wie eine Rakete nach oben. Elektrische Lokomotiven ziehen die leeren Wagen wieder zur Beladestelle. Wir besteigen einen dieser Wagen. Vier Kilometer lang geht die Fahrt. Die Arbeiter werden auf diese Weise befördert, weil sonst der Zeitverlust zu groß wäre. Nun geht es noch eine Weile durch niedrige Stollen; endlich befinden wir uns vor Ort. Die Kohlenflöße im Ruhrgebiet sind durchschnittlich nur 1,10 Meter hoch. In diesem Raum müssen sich die Arbeiter bewegen. Sie gehen mit pneumatischen Abbaumäxtern der Kohle zu Leibe, halbnaht und tiefgebüdt. Sprengart wird in der Kohle nur mehr selten, eine Gefahrenquelle ist dadurch beseitigt. Das losgebroschene Gut wird auf laufende Bänder oder Schüttelrutschen geworfen, die die vorhergehende Schicht verlegt hat. Der Transport geschieht also mechanisch, den schwer arbeitenden Kohlenhewer sieht man nicht mehr. In dem Maße, in dem das Feld abgebaut wird, muß der entfallende Hohlraum mit taubem Gestein, den sog. Vergeberlat wieder nachgefüllt werden. Abgegeben von den ausgezimmerten Stollen darf kein Hohlraum bleiben. Die Bergschäden im Bergwerk selbst und über Tage würden sonst ins Ungeheure steigen. Immer noch sieht man oben Säuer, die tiefe Risse aufweisen, weil sich der Boden gesenkt hat. Der Berg arbeitet ja unausgeseht. Schwere Eisenketten der Deckenverjämmerung werden verbogen, Holzstempel einfach zerplittert.

Ueber Tage wandert die Kohle über Sortierbänder, wird in mechanischen Sieben nach der Größe sortiert, wird gewaschen und mündet schließlich in die Eisenbahnwagen, die in riesigen Hüfen bereit gestellt sind. Die Koksfräse geht in die Koksfräse, gibt ihre kostbaren Nebenprodukte ab, wird rotglühend ausgestoßen, abgekühlt und so zum Rohstoff für die Hochofen verwandelt. Der Bergmann nimmt nach Schichtschluß in den riesigen „Wasskauen“ eine sehr notwendige und gründliche Reinigung vor, dann zieht er die Stadtkleidung an, während die Arbeitskluft im Werk bleibt. Sauber gewaschen mit weihem Krage geht er nach Hause, etwas, was uns als selbstverständlich erscheint, die Engländer, die ins Revier kommen aber in helles Erstaunen versetzt, denn im vielgepriesenen England geht der Bergmann heim, schwarz, wie er aus der Grube kommt.

Das Ruhrgebiet ist kein Luftkurort... Wo gehobelt wird, fallen Späne, wo Eisen gemacht und bearbeitet

wird, da fällt Ruß Vieles ist schon besser geworden, besonders wenn man die gesteigerte Produktion berücksichtigt. Ruß bedeutet unvollkommene Verbrennung, also Verlust, ausströmende Gase erscheinen ebenfalls wieder auf der Sollseite der Gewinn- und Verlustrechnung. Die fortschreitende Technik hat schon viele dieser Geruch- und Verlustquellen beseitigt. Ganz wird es nie gelingen. Im Gegenteil, es bleibt noch immer schauerlich viel davon übrig. Dort, wo der Bergbau vorherrscht, ist die Luft meistens genießbarer als in der Nähe der Großbetriebe. Man hüte sich aber davor, das Industriegebiet als einen einzigen Rußtopf anzusehen. Reiseschilderungen über das „Nepier“ sind ja jetzt Mode geworden, gerade so wie die Kriegsbücher. Auch die Industrie hat ihre Remarques gefunden, die nur das Negative lehren, alles andere neglassen nur um die Einseitigkeit des gezeichneten Schreckensbildes nicht zu zerstören. Von Düsseldorf bis Duisburg fährt man dreiviertel Stunden durch Ackerland, Wiesen und Wald. Kein Schornstein taucht auf in der schönen Gegendlandschaft zwischen Düsseldorf und Essen. Mächtige Wälder gestatten ausgiebige Tageswanderungen. Vollständige Ausblicke genährt das Ruhrtal bei Werden und Kettwig und in ihrem Mittellauf bei Wetter. Man ist bestrebt, das Ruhrwasser möglichst rein zu halten, sodas Wasserport möglich ist. Nördlich und südlich vom Industriezentrum finden sich weite Ausflugsgebiete. Von dem steten Anblick von Fabrikföhrern kann man sich also sogar im Ruhrgebiet erholen, weniger aber von den Menschen. Einmaligkeit gibt es nicht zwischen diesen Anbäufungen von Großstädten. Schon an den Vertagtpapieren so zahlreich liegen, wie das gefallene Laub, der muß gesehen, daß die Verhältnisse im Ruhrgebiet doch nicht so ganz unergleichbar sind mit denen anderen Gegenden. Ein verträgliches Menschenmaß erreicht zudem das Zusammenleben. „Anderwärts ist es schöner“, werden besonders wir im herrlichen Badnetland sagen, doch auch das Ruhrgebiet ist kein Gefängnis aus Werksanlagen und Nietsfahnenfronten, aus dem es, auch Sonntags, abfolut kein Entrinnen gibt.

Baden

Eine Feststellung

Von der Zentrumsfraktion des Badischen Landtags wird uns zu dem Landtagsbericht in Nr. 119 der „Bad. Presse“ und zu den Artikel „So darf man es nicht machen“ in Nr. 66 und 67 des „Bad. Beobachters“ geschrieben:

Beim Kapitel Staatsministerium hat der Abg. Bauer von der Deutschnationalen Volkspartei im Haushaltsausschuß einen Antrag gestellt, durch dessen Annahme die Loge des badischen Staatsministeriums im Badischen Landestheater gestrichen wurde. Nach Auffassung der Zentrumsfraktion pflichtgemäß und völlig korrekt hat der Abg. Dr. Föhr beim Kapitel Landestheater als Berichterstatter angeregt, daß in Konsequenz des Antrags Bauer nun auch die Loge für die Verwaltungsratsmitglieder und deren Frauen, sowie die Loge für die Verwaltungsratsmitglieder beseitigt werden. Der Abg. Bauer, der selbst Mitglied des Verwaltungsrats ist, erklärte darauf, „er habe nie einen Pfennig erhalten“. Ohne den Abg. Bauer zu nennen, teilte durch diesen Zwischenruf veranlaßt, der Berichterstatter Abg. Dr. Föhr mit, er habe erfahren, daß ein Verwaltungsratsmitglied sogar, weil er aus seinem damaligen Urlaubsort von weiter Ferne zur Sitzung des Verwaltungsrats herreiste, sich Logegelder für drei Tage habe auszahlen lassen. Abg. Bauer erklärte nun, daß er es gewesen sei. Aus den Akten wurde festgestellt, daß der Herr Abg. Bauer tatsächlich, weil er im Monat August v. J. von Lothau aus zu einer Sitzung nach Karlsruhe reiste, die vom Unterrichtsminister zu spät abgelagt wurde und deshalb gänzlich stillstand, auf schriftliche Anforderung seiner Reiseauslagen für drei Tage das Logegeld ausbezahlt erhielt. Damit hat sich die Behauptung des Berichterstatters Abg. Dr. Föhr bewahrheitet und herausgestellt, daß es nicht richtig war, daß der Herr Abg. Bauer „nie einen Pfennig erhalten hat“.

Die Zentrumsfraktion ist der Auffassung, daß es dem Abgeordneten Bauer als Verwaltungsratsmitglied des Badischen Landestheaters wohl anstand hätte,

„Der König von Sion“

Zum 100. Geburtstag des Dichters Robert Hamerling.

Von H. Vogedes, Trier

„Ich suchte die Unendlichkeit des Glücks; vielleicht beginnt sie erst mit der Entfugung.“ Diese Worte des Dichters Hamerling schenkte man als Motto über seinen Lebensweg schreiben. Als 1869 sein Epos: „Der König von Sion“ erschien, da feierte man ihn in der literarischen Welt als den deutschen Homer, als den größten Dichter der nachklassischen Zeit. Vereint mit seinem Epos: „Ahasver“ (1896) das in fast alle Weltsprachen übersetzt wurde, hatte er seinen Ruhm begründet und dieser blieb ihm auch in der Folge bis zu seinem Tode am 18. Juli 1899 treu. Der Dichter, der mit hürgerlichem Namen Kupfer Hamerling hieß, war am 24. März 1830 zu Kirchberg in Niederösterreich als Sohn eines armen Beders geboren worden. Unter vielerlei Schwervierkeiten und unter großen Entbehrungen studierte er in Wien, wurde Gymnasiallehrer in Trier und konnte frühzeitig, in Anerkennung seines literarischen Schaffens mit doppelter Pension in den Ruhestand treten. Schon als Schüler schrieb er Dramen und Scherzgedichte; ihnen folgten lyrische Sammlungen und dann die beiden genannten Epen.

Hamerling sagt von sich selbst: „Ich habe nur wenig gelebt; ich bin ungeliebt durchs Leben gegangen.“ Und die Literaturgeschichte schreibt über ihn: „Hamerling war als Träumer geboren und in es sein Leben lang geblieben. Und so gleicht Hamerling in Bezug auf erreichtes persönliches Glück dem Geistesfürsten Nietzsche in seinem gleichnamigen Gedichte, der traurig im Fesseldom eingeschlossen sitzt und sehnsüchtig dem träumerischen Liebes von den schönen Ethen lauscht, die drüben im Tale blühen, oder seinem „Corregio“, aus dessen Bildern und Gestalten die heiterste und upigste Lebensfreude atmet, während er selbst bleich und abgehämt an der Schwelle des Grabes steht und sein ganzes Glück nur Stein und Farbe, nur ein schöner Schein für anderer Menschen Aug.“ Bilder von unerreichter Farbensglut, wie sie Rastart auf die Leinwand gemoren, reihen sich in Hamerlings Werken aneinander. Sie sind der Ausdruck einer von sinnlicher Glut überhöhten Phantasie, gemahnen in ihrer wilden Leidenschaftlichkeit oft an wilde Fieberphantasien und werden nur durch des Dichters starken Zug zum rein Geistigen geübelt.

Wie mit dem Leben, so ist Hamerling auch mit sich selbst nie fertig geworden. In seinem Epos „Der König von Sion“, das die Welteroberung in Münster behandelt, hat er sich selbst in der Person des Jan van Leiden geschildert. Er will das Problem „Jugend und Lust“ lösen. Es gelingt ihm nicht, denn allzu stark

Wochenplauderei

Die Philosophie und die Starkbierzeit / Ein geleiteter Subtopf / Das Polenabkommen und die Politik der Liebe / Vom Orchester der deutschen Stämme

Was ist Philosophie und was insbesondere Metaphisik? Darauf ist einmal die berühmte Antwort gegeben worden: Metaphisik ist ein blinder Mann, der in seiner schwarzen Kammer einen dunklen Hut sucht, der nicht da ist. Auf das Sprüchlein hin gab es keine andere Wahl, als am Sonntag, dem 16. April, im funifrohen München an irgendeine Stelle zu gehen, wo jenes echte Salvatorbier zu haben ist, das am Sonntag vor St. Josef, um 2.30 Uhr nachmittags, also um 14.30 Uhr, angefohrt wird. Am Sonntag darauf ist dann Schluss damit, und das ist auch gut so. Ich sah, wie da jemand sah vor einem Krug, der drei Liter faßt, und wie er die Nase immer tiefer hineinsetzte. Dabei wurde ich in die Mystik der Sauferei eingeweicht, obwohl ich persönlich kaum einen Tropfen Bier das ganze Jahr trinke. Aber ich bin Föderalist und achte in München die Gebräuche der Vorzeit. Wertwüdig, daß diese Starkbiere fast alle sehr heilige Namen tragen, was mich an ein Kapitel bei Felix Zimmermanns erinnert, wo auch der Wein als „Fliehender Jordan“ und unter ähnlichen Symbolen im Keller des Pfarrhauses vom „Blühenden Weinberg“ liegt. Liebraubier, St. Franziskusbier, St. Augustinusbier, alles das gibt es. Anders erinnert an den hl. Genno, anderes an Potentator und Animator, was aber keine Heiligen mehr sind. Im Angegegenteil einer frommen Zeitung las ich, es müsse vom Salvator jedes christliche Haus wenigstens 25 Maßchen auf Vorrat haben. Wüchten die Heiligen, die hier in eine so feltame Litanei geraten sind, dafür sorgen, daß man die Gaben des Himmels nicht mißbrauche und nur die Lampe eines christlichen Humors dabei ein wenig ausfülle. Drollig war es, wie einer sich erhob, um den Spruch einer Erzelenz aus dem großen Kriege, gesprochen in flammender Begeisterung, zu zitieren:

Wir waren, was wir sind,
Wir bleiben, was wir waren,
Das erste Volk der Welt,
Der Schrecken der Barbaren.

Ach ja, man kann doch nicht immer das Polenabkommen studieren, und man braucht geradezu etwas Humor, um über die Kinderkrankheiten des Parlamentarismus hinwegzukommen. So schön, wenn der alte Vater Sündenburg von Zeit zu Zeit nach den Rechten schaut, und ich dachte mir so, als ich das in der Bahn las, wie wir Deutschen doch brave Leute sind. Dabei hat mich meine Reizegesellschaft dauernd in dieser Meinung bestärkt. Erst sitze ich richtiger moderner Subtopf ein, zwischen dessen Zähnen so schnell wie möglich eine Zigarette lag. So wollte ich diesen Schlitter im Auge — d. h. hier im Munde — der Nachbarin pharisaisch glazieren, wie das so christliche Sitte ist, da zieht mein Kränlein ein Buch heraus, ein sehr ernstes Buch — gewiß keinen Roman — und das noch eine Woche vor der eigentlichen Buchwoche — und als sie nun vollends noch die dritte Zigarette entfaltete, nämlich bei Rauchen und Lesen eine Decke zu finden, was sie mit großer mechanischer Fertigkeit tat, da war ich aus einem Pharisäer in einen Phöhrer verwandelt und suchte aus lauter Schamgefühl ein anderes Abteil auf, immer noch den Sündenburg im Kopfe.

wenn er, der aus Sparfamkeitsgründen den Antrag auf Streichung der Loge für das Staatsministerium gestellt hat, nun auch selbst den Antrag auf Beseitigung der Freiplätze für die Verwaltungsratsmitglieder und deren Frauen, sowie auf Beseitigung der Logegelder für die Verwaltungsratsmitglieder gestellt hätte.

Dies ist der Vorgang, der hiermit der Öffentlichkeit zur Beurteilung übergeben wird. Die badische Zentrumsfraktion legt Wert auf die Feststellung, daß sie einmütig diese Auffassung und das Vorgehen des Abg. Dr. Föhr billigt und das Verhalten des Abg. Bauer unverfänglich findet. Sie legt

Da sitzen nun Polen, die nach Paris fahren. Neben der Banienta bemüht sich gleich ein junger Deutscher, mit der holden Nachbarin ein wenig Deutsch zu sprechen. Mit der anderen freundet sich ein junger Jude an, der auf dem Wege nach Mexiko ist. Da konnte man lernen, was Politik ist. Die erste Annäherung vollzog sich dadurch, daß sie ein Zahlenrätsel aufschrieb, das er lösen mußte. Wie gejagt, das Rätsel war gar nicht so wichtig, aber er, der es lösen mußte, er und sie, nicht faul, beginnen die auf der andern Seite Figuren mit Streichhölzchen zu legen, der Flamme nicht achtend, die dabei hätte entzünden können, auch er und sie. Als ich nach einem kleinen Bummel auf einem Bahnsteig wieder einsteige, sind sie gerade daran, ihre Adressen auszutauschen. In Polen nennt man das flirtieren, und man bleibt dort wirklich im schönen Spiel, was sonst nicht überall der Fall ist. Sie sprachen von Doppelheirat in Paris, wozu ich mich bemühte, die polnische Nationalhymne anzustimmen: Boze, co's Polkie... Ich hätte auch singen können: Nach ist Polen nicht verloren... Aber nicht wahr, so sind die Menschen. Ein bißchen Liebesgeföhnel, und sie preisen was auf die ganze Politik. Die hier hätten das Polenabkommen glatt unterzeichnet und es wäre auf ein Duzend Ferkel mehr oder weniger dabei gar nicht angekommen. Komisches Rätsel: Die Menschen verstehen sich, die Völker aber hassen sich...

Welch ein schönes Konzert gäbe es, wenn nur die deutschen Stämme, wie sie da von Nord bis Süd und von Ost bis West unieren Boden bewohnen, einmal ein harmonisch Lied singen wollten. Es ist alles so gut bei uns verteilt. Eine Fanfare in Berlin, eine Zauberslöte in Wien und ein Paß in München würden dabei dominieren, und Duellad, Rosthorn und Hies-harmonika könnten gewiß auch unter entsprechende Parleien verteilt werden. Den finanzschwächeren Städtchen müßte man Föhsten geben, damit sie mit deren richtigen Melancholie auf dem letzten Loch pfeifen könnten. Welch ein Konzert! Ist es nicht gut eingerichtet bei uns? Wenn der Berliner sagt: Nur schnell voten... so brummt der Westfale dazu: Alles mit Ruhe... Brauchts im Rheinland zu einem guten Gedanken ein Gläslein Wein, so begeistert sich der Ostpreuße am feinsten Grog. Wirds einem in der Mark Brandenburg zu ungemüßlich, fährt man einfach nach Dresden. Sagt der Norden Hot, so sagt der Bayer Sü, der Württemberger sinniert, wer von beiden im Rechte sei, und der Badener behauptet: Sie haben beide Recht... Dabei lacht der Pfälzer bei seinem herrlichen Tröhpfchen über alle drei und meint, es gebe der Pfälzer doch über einen badischen Randwein, der übrigens auch nicht zu verachten sei. Ach, was sind wir für ein herrliches Völkchen, warum nur diese fürchterliche politische Klostföherei? Bleibt doch zu Haus mit extrem ganzen logisofistifischen Kulturkrat, wir amüfieren uns ohnehin viel besser. Man kann doch nicht ewig Mist fahren, man muß auch mal zusehen, wie die Sonne darauf scheint... Du lieber Himmel, ja ich weiß, es ist eine ernste Zeit. Aber lange Geföhler machen sie nicht besser. Ein bißchen Humor muß der Steuerzahler behalten. Das meint auch der Wiener, wenn er sagt: Wie kann ich denn fallen, wenn ich nichts im Magen habe...? Gröh Gott, Das war heute ein Salvatorintermezzo. Nächstes Mal reden wir wieder mindestens über Pädagogik...

auf diese Feststellung umjomehr Wert, als die Deutschnationalen Volkspartei bereits in Nr. 119 der „Bad. Presse“ eine andere Auffassung verbreitet.

Gallspach gegen Lourdes!

Vor wenigen Tagen ist uns eine Broschüre über Heileis in die Hand geraten, deren Inhalt uns dem weltanschaulichen Standpunkt aus gar sehr bedenklich scheint. Verfasser ist ein gewisser Friedrich Adolf Karwald, der sich nicht damit begnügt, das Wesentliche der Frage Gallspach zu behandeln. Er legt vielmehr in höchst merkwürdiger Weise den Gnadenort Lourdes herab, um den neuen „Wunderort“ von

„Sebastianlegende“

In der heute abend im Bad. Landestheater stattfindenden Aufführung der Orchester „Sebastianlegende“ wird uns dieser von F. Z. (Karlsruhe) verfasste Vorpruch zur Verfügung gestellt.

Guch Menschen all, die Ihr Verkommen seht,
Zu unserm Spiel, mücht zum Geleit
Ich grüßen und recht inniglich bitten:
Bannet allen Trost aus eurer Niten!
Nagt Euch im tiefsten Herzen rühren
Von Gottes Gnab! Denn Ihr sollt spüren
Der starker Glaube viel Wunder schafft. —
Der heilige Sebastian hatte groß Kraft,
In Marter und Leid Gott gehoramt zu sein.
Schlicht und fromm kam ein Mäglein,
Nim seine schweren Wunden zu pflegen.
Heut' auch soll Euer Herz bewegen
Ein' reine Jungfrau, die viel erreicht,
Weil sie der hohen Gewalt nit weicht.
Sie rettet den Räuber durch Glauben und Treu:
Und lebt die heil'ge Geschichte auß neu.
Aus Mitleid wird ihre Liebe geboren.
So tief ist nimmer ein Mensch verloren,
So schwer nit seine Tat und Schuld,
Daß nit durch Gottes Gnab und Guld
Sein Sündenlast wie Schnee zerrinnt.
Wer gläubig liebt, nur der gewinnt
Auf Erden schon sein Himmelreich
Und höchsten Lohn, dem nichts kommt gleich.
Was Menschen je erkennen können,
Wie eine reine Flamme soll brennen
Die Lieb', vom echten Glauben stark getrieben.
Denn „wer nit glaubt, der kann nit lieben.“
Denn „wer nit glaubt, der kann nit lieben.“

Entfuche des Heiltes Leuchte zu nie geföhnenem Glanz,
Doch pflege du das Herz auch; pflege den keuschen Stranz
Tief inniger Geföhle; wahre Lustig zart
Die Blume deutschen Gemütes in frohen Hauch der Gegenwart.

Was Wirklichkeit dir immer für gold'ne Kränze pflicht,
Mein Volk, der Ideale Wüder stürzte nicht!
Stehn ihre Tempel dbe, du wolle noch dahin,
In ihrer Sternglut habe sich ewig jung der deutsche Sinn.

Als Mahnung an Erinnerung an seinen 100. Geburtstag müden hier zum Schluss aus Hamerlings Gedicht „Waterland“ die Verse stehen:

Ja, Waterland, geliebtes, umströme dich Glück und Gern,
Was Bestes bringen die Zeiten, es werde dir zuteil!

Oberösterreich zu erhöhen. Er überschreibt ein Kapitel mit der — man kann nicht anders sagen — gotteslästerlichen Ueberschrift: „Gallspach das österreichische Lourdes“.

Was würde geschehen, wenn man heute z. B. Lourdes schiefen würde? Das selbe, was in Gallspach sich ereignen würde...

Auch Lourdes, der südfranzösische Wallfahrtsort, der früher überraschende Heilerfolge zu verzeichnen hatte, hat an Wirksamkeit eingebüßt (!). Seit dort am 11. Februar 1858 und später noch 17mal der 14jährigen Bernadette Soubirous die heilige Jungfrau erschien und in der Folge jährlich ungefähr 200 000 Menschen hinpilgerten, um aus der Quelle von Lourdes das wunderartige Wasser zu trinken, hat der Besuch ziemlich nachgelassen (!).

So steht es in der Karwalschen Broschüre Wort für Wort geschrieben. Weiter heißt es:

„Der französische Wallfahrtsort, der früher überraschende Heilerfolge zu verzeichnen hatte...“ „früher“ „Gingegen bleibt die Fremdensiffer von Gallspach im Jahre 1930 durchaus nicht hinter jener Höchstziffer aus dem 19. Jahrhundert (gemeint ist die Besucherzahl von Lourdes, A. d. B.) zurück. Im Gegenteil! Man rechnet heuer (nämlich in Gallspach, A. d. B.) so ungefähr mit einer Viertelmillion.“

Der Karwald wird noch fähiger. Er erhebt den Glauben an Heileis gar zu einem „religiösen Problem.“

„Obendrein — so schreibt er — schwören gerade die einflussreichsten Kreise auf Heileis, für ihn stimmen seine Anhänger in der ganzen Welt, der Großteil seiner Patienten — sie alle sind Fanatiker ihres Glaubens an Heileis, für sie ist der Fall zu einem religiösen Problem geworden.“

Man wird uns zugestehen, daß eine derartige Sprache und Ausdrucksweise verdächtig klingt.

Konzentration der Kräfte auf dem Gebiet des Bauwesen

Seit langer Zeit schweben zwischen der bekannten und größten deutschen Bauwerkstätte „Gemeinschaft der Freunde“ in Ludwigsburg und einer Reihe christlicher Organisationen Verhandlungen über eine Konzentration auf dem Gebiet der Bauwerkstätte. Diese Verhandlungen haben am 21. Februar 1930 ihren Abschluß gefunden. Zwischen der Bauwerkstätte der Gemeinschaft der Freunde und einer Reihe beruflicher Organisationen (Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, Reichsverband der katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine Deutschlands, Gemeinnützige Aktiengesellschaft „Deutscher Heimbau“, Berlin, Verband „Wohnungsbaue und Siedlung“ G. m. b. H., Köln a. Rh.)

ist ein Abkommen getroffen worden. Nach diesem erstreben die Vertragsschließenden die Sammlung aller aufbauenden Kräfte in der auf gemeinsamer Grundlage ruhenden Bauwerkstätte „Gemeinschaft der Freunde“.

Künftig werden seitens der genannten Gruppen keine eigenen Bauwerkstätten gegründet, sondern es wird ausschließlich die Werbung für die Gemeinschaft der Freunde erfolgen. Zwischen den genannten Gruppen und der G. d. F. ist eine enge Verbindung dadurch geschaffen, daß Vertreter der genannten Vereinigungen Sitz und Stimme in der Gesellschafts-Versammlung und im Aufsichtsrat der G. d. F. eingeräumt wurde. Die Vertragsschließenden sind sich darüber einig, daß die Angliederung weiterer Organisationen oder Bauwerkstätten angestrebt werden soll. Damit wird eine weitere Zersplitterung auf dem Gebiet des Bauwesen vermieden. Es ist zu hoffen, daß durch diesen großzügigen Zusammenschluß die Bauwerkstätte eine Förderung erfährt. Die Erstellung von Eigenheimen wird zum Besten des Volksgutes einen weiteren Aufschwung erfahren. Das preußische Wohlfahrtsministerium ist diesen Zusammenschluß-Verhandlungen mit regem Interesse gefolgt und begrüßt, wie wir wissen, dieses Ergebnis.

Die durch einen Teil der Presse geangene Nachfrist über eine politische Verschönerung der G. d. F. entbehrt jeglicher Grundlage.

Die Autohöhenstraße durch den Schwarzwald

Das Schicksal des „Mannheimer Weges“

Auf Einladung der Kreisverwaltung Baden-Baden fand am Mittwoch, den 19. März, im Kurhaus Interimsrat über die Erstellung der noch fehlenden Teilstrecke der großen, durch den ganzen Schwarzwald gehenden Autostraße eine Besprechung statt. Die Versammlung war außerordentlich stark besucht und ließ das große Interesse an dieser bedeutsamen Frage erkennen. Der Kreisvorsitzende, Bürgermeister Schneider, konnte die Vertreter der verschiedenen Behörden, der Besitzbau- und Forstämter, der Oberpostdirektion usw. begrüßen. Für den Badischen Schwärzwaldverein war Präsident Geh. Rat Seitz, für den Badischen Verkehrsverband Syndikus Rieger anwesend. Mit wenigen Ausnahmen waren alle Bürgermeister, teils mit Gemeindevorständen, der unmittelbar beteiligten Städte und Gemeinden sowie die Hotelbesitzer der Höhenkurorte erschienen.

Der Kreisvorsitzende gab zunächst einen Überblick über die bisherigen Vorarbeiten und den Stand der Frage. Hiernach darf die Finanzierung der Autostraße mit einem Gesamtaufwand von 180 000 M. durch verlässliche Unternehmung des Landes, der Kreisverwaltung und der Stadt Baden-Baden sowie durch das große Entgegenkommen der Reichspost, vorbehaltlich der noch ausstehenden Genehmigung durch die Kreisverwaltung, als gesichert gelten. Ein weiterer Betrag von 10 000 M. soll auf die übrigen Städte und Gemeinden sowie die Hotelbesitzer umgelegt werden. Nach den von dieser Seite abgegebenen Erklärungen darf mit einer befriedigenden Regelung gerechnet werden. Mit der Autostraße,

die sich auf der bisherigen Linie des bekannten Mannheimer Weges bewegen wird, soll zugleich ein Ersatzweg für die wegfallende Straße des Höhenweges I gebaut werden. Präsident Seitz hebt die große Bedeutung der Höhenwege für den Schwarzwald hervor. Der für die Autostraße vorgesehene, vom Schwarzwaldverein erstellte Mannheimer Weg wäre eine der schönsten Straßen im Schwarzwald und habe sich daher bei allen Wander- und Naturfreunden besonderer Beliebtheit erfreut. Man verkenne nicht die große Bedeutung der weiteren Erschließung des Schwarzwaldes durch den Fremdenverkehr durch die geplante durchgehende Autostraße. Es wird jedoch Wert darauf gelegt, daß der Ersatzweg für die Schwarzwaldwanderer gleichzeitig mit der Autostraße begonnen und fertiggestellt werde, damit nicht eventuell durch finanzielle Schwierigkeiten eine Verzögerung oder Verschiebung eintritt. Der Kreisvorsitzende sagte dies zu und betonte, daß von Anfang an mit dem Bau der Autostraße zugleich die Erstellung eines Ersatzweges vorgesehen werden sei. Als weitere Frage wurde die Abtretung des Geländes für die Autostraße behandelt, wozu 4 Gemeinden beteiligt sind. Eine Einheitslichkeit konnte hier leider nicht erzielt werden, da teilweise eine Entschädigung verlangt wird. Der Kreisvorsitzende machte hierauf den Vorschlag, die bei einer Eigentumsübertragung entstehenden erheblichen Vermessungskosten durch Übertragung des unüberäußerlichen Benutzungsrechtes zu sparen, um die einzusparenden Beträge, die etwa dem Werte des benötigten Geländes entsprächen, als Entschädigung zu vergüten. Hierbei wurde darauf hingewiesen, daß den Gemeinden durch den Straßenbau unmittelbar, durch den gesteigerten Fremdenverkehr allgemein, erhöhte Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten geboten werde. Die Erstellung der Straße und die Erschließung des Fremdenverkehrs würde eine Wertsteigerung sowohl der Hotelbetriebe als des geschlossenen Geländes bedeuten. Kreispostat Rößler richtete an die Vertreter der Gemeinden einen warmen Appell, die von allen Seiten gebotene weitgehende Unterstützung zur Pelebung des Wirtschaftens im nördlichen Schwarzwald nicht zu gefährden. Die Reichspostverwaltung habe für den Fernverkehr in Deutschland in Auftrag gegeben, diese Wagen werden eine bisher nicht gebotene Ausattung aufweisen mit B. G. und Gepäckraum. Dem Kreisvorsitzenden, Bürgermeister Schneider, wurde zum Schluß aus der Versammlung heraus wärmste Anerkennung gezollt.

Wetterbericht

Karlsruhe, 21. März. Die nach Mitteleuropa eingedrungene Raifluft hat mit sehr raschem Druckanstieg ein Hoch aufgebaut, das mit der kalten Luftmasse nach Osten wandert. In seinem Bereiche kam es durch Ausstrahlung zu geringeren Nachfrösten. Eine große Kette von Tiefdruckgebieten reicht vom Nordatlantik bis zum Eismeer und verhindert weitere polare Luftzufuhr nach Mitteleuropa, dessen Bitterung nun an der Vorderseite der atlantischen Tiefdruckrinne unter der Herrschaft immer südwestlicher Strömung steht. Der morgige Tag wird so zu einem schönen Vorfrühlingsstag werden, da mit dem Einsetzen weiterer Störungen erst später gerechnet werden kann. Wetterausblick für Samstag: Vorfrühlingsstag, meist heiter und trocken, tagsüber mild, leichte Nachfröste. Wasserstände des Rheins: Waldshut 193, gef. 3; Basel 1-2; Schusterinsel 67, unv.; Rehl 193, gef. 3; Nagau 832, gef. 7; Mannheim 264, gef. 3; Raub 192, gef. 6.

ADREMA adressiert nicht nur:
 andern trägt gleichzeitig eine zwangsläufige Kontrolle in die Arbeit hinein. Wo es nötig ist, ermöglicht unser System eine absolut fehlerfreie automatische Auswahl bestimmter Anschriftengruppen nach organisatorisch gegebenen Gesichtspunkten. In geschäftlichen Betrieben aller Art, in Banken, Versicherungsgesellschaften, in Reichs-, Staats- und Kommunal-Verwaltungen schafft Adrema die vorbereitende oder ergänzende Grundlage für alle wiederkehrenden Schreibarbeiten. Eine Adrema-Anlage ist ständig auf dem laufenden und bringt daher alle Schreibarbeiten in eine systematische Ordnung, die vor Fehlern und Verlusten schützt. In jahrelanger praktischer Arbeit und arbeitswissenschaftlicher Forschung hat sich bei uns eine Summe von Erfahrungen gesammelt, die uns gestattet, individuelle Vorschläge für die Einordnung des Adrema-Systems in jede Organisation zu machen.
 Druckschrift L 6 kostenlos.
 ADREMA MASCHINENBAUGES. M. B. H., BERLIN NW 87
 ALT-MOABIT 62-63

Goethe und Schopenhauer

Zu Goethes Todestag am 22. März.
 Von Alex. Emmertich-Warburg.

Kast ein Jahrhundert ist seit jenem Tage vergangen, an dem sich der Große von Weimar in dankbarer, stiller und opferfreudiger Ergebenheit jenem ehernen Naturgesetz des ständigen Werdens und Vergehens alles Erdbundenen und rein Weltlichen unterwarf, um so durch den leidlichen Tod die strahlende Wiedergeburt seines Geistes vollenden zu können. Sein unsterbliches Werk ist inzwischen längstens Gemeingut europäischer Kultur geworden, und dennoch entdeckt man beim Hinabsteigen in die tiefsten Wesensgründe seines unübersehbaren Geistes immer wieder neue Beziehungen zu den mannigfaltigen Problemen und Gedankentrichtungen der europäischen Geistesgeschichte. Die Vielseitigkeit seines Schaffens auf allen Gebieten der Kunst, Literatur, Philosophie und Wissenschaft bedingte den großen Einfluß den er als „goetheischer“ Geist auf alle Strömungen der Geistesgeschichte des neunzehnten Jahrhunderts so selbst bis in die Gegenwart ausstrahlt. Unter diesen Gesichtspunkten soll nun kurz im Nachstehenden versucht werden, das Grundfäßliche der philosophischen Weltanschauung Goethes mit der eines modernen Denkers zu vergleichen, dessen Einfluß auf die Gegenwart besonders nachhaltige Wirkungen gezeitigt hat: Arthur Schopenhauer, der große pessimist und Skeptiker.

Das spezifisch philosophische im Denken und Wesen Goethes ist ebenso wie die Philosophie Schopenhauers, erst in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts zu tieferer Wirkung im geistigen Leben speziell des deutschen Volkes gelangt. Hier hat jedoch die pessimistische Weltanschauung Schopenhauers einen nie ganz zu überwindenden Gegensatz zu der götterhohen und weltfreundlichen Stimmung des goetheischen Geistes geschaffen. Trotz dieser grundsätzlichen Verschiedenheit finden wir auf dem Gebiete der anthropologischen Betrachtungsweise eine weitgehende Übereinstimmung in den Beengungen der beiden Denker. Denn das geistige Schaffen beider war beherzt vor der großen Bedenken, durch anschauliche Erkenntnis der Welt und ihrer Bedingungen, zu einer überweltlich-liturgischen Auffassung der gegebenen Wirklichkeit zu gelangen, die in ethischer Beziehung das Ideal der persönlichen Selbstüberwindung verkörperte. Obwohl so der Ausgangspunkt der Lehren beider Denker der gleiche war, sind Wege und Ergebnisse der Gestaltung ihres Lebenswerkes grundfäßlich verschiedene gewesen.

Der tiefgehende persönliche und literarische Einfluß Goethes auf die Persönlichkeit Schopenhauers mag es bewirkt haben, daß ihre Grundanschauungen über das Wesen der menschlichen Erkenntnis die gleichen waren. Für beide war die eigentliche Grundlage aller Erkenntnis nur das gegenständliche Denken, das sich zusammen-

setzt aus der anschaulichen Erkenntnis, verbunden mit einer verstandesmäßigen Begriffsbildung. Bei Goethe jedoch lag das Primäre alles Erkennens Überwiegend in der anschaulichen Erkenntnis, dem rein bildhaften Sehen begründet, das in der Symbolik seinen vollkommensten Ausdruck findet. Hierüber sagt Goethe: „Das ist wahre Symbolik, wo das Besondere das Allgemeine repräsentiert, nicht als Traum und Scharben, sondern als lebendige, augenblickliche Offenbarung des Inneren. Die Symbolik verwandelt die Erscheinung in Idee, die Idee in ein Bild, und so daß die Idee in dem Bild immer unendlich wirksam und unerreicht bleibt.“ Bei Schopenhauer dagegen tritt gerade diese bildhafte Gestaltung der Idee mehr und mehr in den Hintergrund. Für ihn ist die verstandesmäßige Erfassung aller anschaulichen Erkenntnis und die hieraus sich ergebende Gestaltung der Idee, das Wesentliche im menschlichen Schaffensprozeß. Und so erscheint ihm auch, im Gegensatz zu Goethe, bei dem alle Erkenntnis immer noch ein Vorläufigkeitsbewußtsein in sich trägt, alles aus dieser Erkenntnis heraus ideenhaft Gestaltete seinem letzten Ursprung nach, als unbestimmt und erst, so als letzten gültige und objektive Form menschlichen Seins. Dennoch alle gestaltete der Künstler mehr unbestimmt und ideenhaft, nicht etwa wie bei Goethe rein bildhaft und sinnlich, kein Kunstwerk, dem Schopenhauer jedoch objektive Gültigkeit zuspricht. In seinem Hauptwerk „Die Welt als Wille und Vorstellung“ sagt er darüber: „Hier weil die Idee schon anschaulich ist und bleibt, ist sie der Künstler der Stoff und das eigentliche Jenseits dieses Werkes nicht in abstrakto benutzt; nicht ein Begriff, sondern eine Idee schwebt ihm vor.“

Bei Goethe aber ist die letztendliche Erfassung und Erkenntnis aller Dinge nur in der Phantasie möglich, die selbst wieder eine Folge rein intuitiven Denkens und Scharbens ist. Hierdurch erfährt aber gleichzeitig der menschliche Erkenntnisbereich eine gewisse Einengung und Abgrenzung, demzufolge alle Erkenntnis nur unvollkommen sein kann. Schopenhauer dagegen glaubte durch eine Synthese von intuitivem Erleben und verstandesmäßiger Ausbeutung jeglicher gewonnenen Erkenntnis, in das letzte Geheimnis der Wirklichkeit vorzudringen zu können. Dies schien ihm dadurch möglich, indem er die für Goethe die Grundelemente der menschlichen Erkenntnis und Wahrnehmung bildenden „Alphabete“, mit der Vielheit ihrer individuellen Umformen dem Begriff der Ideen schließlich gleichsetzte, um sodann die Ideen auf eine letzte Einheit zurückzuführen: den von der Erfahrung aus erschlossenen Willen als „Ding an sich“. Davon die Erkenntnis der Unmöglichkeit einer restlosen Erfassung der letzten Dinge und ihrer Ursachen im vorstehenden Sinne, des determinierten Willens, gelangte Schopenhauer zu jener pessimistischen Weltanschauung, die alles Lichtvolle und dem überirdischen Willen einer höheren göttlichen Macht unterstellt im Menschenleben leugnet, an Stelle der ewig wirkenden Kraft im goetheischen Sinne, ein dumpfwallendes Schicksal

setzt. Goethe, dem in tiefinnerlichem Erleben die Unvollkommenheit jeglicher menschlichen Erkenntnis offenbar wurde, verlagte sich mit Bewußtsein jenes Letzten, was endlich Schopenhauer zum verhängnisvollen Pessimismus wurde: Hinabzustiegen in den letzten Umrund der metaphysischen Tiefen der Wirklichkeit in dem Bestreben, auch den letzten Schleier des Weltgeheimnisses zu lüften. Mit einer tiefen Resignation und Stupor mag sich wohl bei alle Schopenhauer jener prophetischen Worte erinnern haben, die der alternde Goethe dem jungen Schopenhauer als ahnende Voraussetzung seines späteren, düsteren Lebensschicksals einmala in sein Jugendalbum geschrieben:

„Wozu soll man am Ende trachten?
 Die Welt erkennen und sie nicht verachten!“

Die Brudner-Gemeinde zur Pflege geistlicher Musik (e. V.) hat in ihrer letzten Generalversammlung einstimmig beschlossen, an einem Tage in jedem Jahr des Meisters durch einen besonderen Brudner-Tag zu gedenken. Ehrenpflicht ist es darum für die beruflichen Hüter der musica sacra, tatkräftig sich dafür einzusetzen, daß an diesem Tage möglichst in allen Kirchen Werke dieses wahrhaft frommen Meisters erklingen. Durch die Veröffentlichung der beiden Jugendmessen — C-Dur-Messe (Orchester), F-Dur-Messe (a capella) — und eine Reihe anderer kleiner Kirchenmusikwerke ist heute selbst dem kleinsten Chor die Aufführung eines Brudner-Werkes möglich geworden. Als Brudner-Tag wurde der fünfte Sonntag nach Ostern (25. Mai) bestimmt. — Anfragen und Wünsche über etwaige aufzuführende Werke erteilt die Brudner-Gemeinde zur Pflege geistlicher Musik (e. V.), München, Maximiliansplatz 8.

A. M. Dembar hat soeben eine neue Messe (Nr. 5 in E-Dur) vollendet. Das Werk wird demnächst auf Veranlassung der Brudner-Gemeinde zur Pflege geistlicher Musik im Verlag Wilhelm Bernthel, München, erscheinen.

Der Dialekt. Hofbräuhaus München. Zwei echte Sachen sitzen neben zwei Oberbayern, die sich in ihrer heimatlichen Mundart unterhalten. Die beiden Sachen möchten gern, zu gern, etwas von dieser oberbayerischen Unterhaltung aufschreiben, aber es geht nicht. Sie verstehen kein Wort. Kaum sind die Oberbayern gegangen, entringt sich den einen Sachen die Frage: „Du, Hermann, was wahr'n das eechendlich fr' gohmische Berls?“ — „Nu, das sin loch Dierochler, wie mihr'sche manchmal in Beib'ch uff der Resse hamm.“ — „hm — aber die hadden so 'ne eechendlichliche Schbrache, 'ch habb gee eenz'ches Word verstand'n.“ — „Ja, weeste, das is eben den ihr Dialegg.“ — „Dialegg? — 's toch eechendlich schade, daß mihr in Beib'ch nich och so in Dialegg hamm.“

Badische Chronik

2748 Familien suchen eine Wohnung

Mannheim, 21. März. Nach dem Ergebnis einer Rückfrage suchen in Mannheim 2748 Familien eine Wohnung. Davon 533 Einzimmerwohnungen und 1612 Zweizimmerwohnungen, der Rest mehr als Zweizimmerwohnungen. Von diesen 2748 Familien können nur zwei Drittel Mietpreise zahlen, die für Altmwohnungen in Frage kommen. So geben 1356 Wohnungssuchende an, daß sie höchstens 50 M. zu zahlen imstande sind. Für diesen Satz sind heute keine Neubauwohnungen zu erstellen. Es ist dies eine Erscheinung, wie sie auch in anderen Städten beobachtet wird.

Mörsch bei Ettlingen, 21. März. (Lebensmüde.) Ein in Daglanden wohnender Mann legte sich dieser Tage unweit Mörsch auf die Geleise der Elektrischen Lokalbahn. Der Geistesgegenwart des Führers gelang es, den Wagen ganz kurz vor dem Selbstmordkandidaten zum Stehen zu bringen.

Horsheim, 21. März. (Schredlicher Tod.) Als der 74 Jahre alte Landwirt Chr. Kaucher im benachbarten Stein in seiner Wohnung das Feuer schürte, gerieten seine Kleider in Brand. Kaucher, der dies zu spät merkte, erlitt so schwere Brandwunden, daß er heute früh im Horsheimer Krankenhaus starb.

Untergrombach, 21. März. (Noch gut abgelaufen.) Am Donnerstagmittag wurde das 5jährige Söhnchen des Bahnarbeiters Karl Krieger von einem Auto erfasst und blieb zwischen Vorderrad und Kotflügel stecken. Nur durch das entschlossene Vordringen des Autolenkers konnte ein größeres Unglück verhindert werden, denn das Kind kam nie durch ein Wunder mit leichten Verletzungen davon.

Langenbrücken, 21. März. Der Josefstag wurde auch dieses Jahr wieder als Titularfest der St. Josefbruderschaft als Gemeindefeier in hochfestlicher Weise begangen. Am Vorabend erklingende Glockengeläute und Freudenrufe auch der näheren Umgebung das Kommen eines großen Festes. Die Festgottesdienste am Tage selber waren besucht wie an den höchsten Feiertagen des Jahres, die Arbeit ruhte bei der Landwirtschaft und in sämtlichen Betrieben, bei schönstem Wetter konnte die Prozession abgehalten werden, an der sämtliche Vereine offiziell teilnahmen. Kapuzinerpater Jordan-Baghaufel hielt die beiden Festpredigten. Schon am Morgen haben vereinzelt Fremde sich eingefunden, zur Bruderschaft am Nachmittag strömten die Verehrer des hl. Josef in Scharen aus den Nachbarorten herbei. Den hiesigen Männern und Jungmännern darf das Kompliment gemacht werden, daß sie wieder in die Fußstapfen ihrer Vorfahren getreten und den Josefstag zur Erfüllung ihrer Osterpflicht benutzt haben. Der Kirchenvorstand unter Führung des Chorleiters Oberlehrer Bauendistel und Organisten Hauptlehrer Seif hat hervorragend zur Verherrlichung des Festes beigetragen. Erfreulich ist die Wahrnehmung, die ganz besonders in diesem Jahre gemacht werden konnte, daß der Josefstag seine alte Volkstümlichkeit in hiesiger Gemeinde wieder gewinnt und daß es kein Festjahr war als die Gemeinde vor 4 Jahren den 19. März zum Gemeindefeiertag erhoben hat.

Heidelberg, 20. März. (Tod im Zuge.) Der 27jährige Kaufmann Otto Wiska von hier sprang gestern Abend auf dem Mannheimer Hauptbahnhof in größter Eile zu einem nach Heidelberg abgehenden Personenzug. Er erreichte auch sein Ziel noch unmittelbar vor der Abfahrt, brach aber direkt nach dem Einsteigen ins Abteil mit zusammen. Er hatte einen Herzschlag erlitten. Der Zug nahm die Leiche des jungen Mannes mit nach Heidelberg.

Heidelberg, 21. März. Neue Terrasse am Heidelberger Schloss. Am Fassbau des Heidelberger Schlosses wird das Dach abgenommen und eine Terrasse angelegt, die einen prächtigen Blick auf die Stadt und die Rheinebene gewährt. Die Bauarbeiten werden aus Reichsmitteln für die Erhaltung alter Baudenkmäler mit 15 000 M. unterstützt.

Mannheim, 20. März. (Das Messer.) Nach vorausgegangenem Hornschuß wurde in vergangener Nacht in einem Hause der Hohenstraße eine geschiedene 33 Jahre alte Kellnerin von einem verheirateten 30 Jahre alten Tagelöhner mittels eines Messers zweimal in die linke Brustseite gestochen. Obwohl sie in lebensgefährlich verletztem Zustande in das Krankenhaus verbracht werden mußte.

Mannheim, 21. März. (Im Redar ertrunken.) Ein älterer Arbeiter, der auf der Schulter eine schwere Last trug, stürzte an der Redar Spitze in den Fluß und ertrank. Die Leiche konnte noch nicht geborgen werden. — (1000 Mark verloren.) Auf dem hiesigen Marktplatz verlor ein junger Mann 1000 Mark, die in 50 Markstücken gebündelt waren.

Mudau (Buchen), 21. März. (Ein Altpeteran im 90. Lebensjahr.) Wagnermeister Albin Roe, Altpeteran von 1836, 1870/71, konnte vor einigen Tagen seinen 89. Geburtstag begehen. Im Jahre 1861 kam er als junger Rekrut zum Leibgrenadierregiment nach Karlsruhe.

Bischofsheim, 21. März. (Berunglückt.) Auf der Straße Riedgerodt-Bischofsheim stürzte dieser Tage ein Sohn des hiesigen Unterwirts vom Motorrad und zog sich schwere Verletzungen zu.

Vollzeitsunde und Landgemeinden

Aus dem Frankenland. Der Reichstag hat die Vollzeitsunde feierlich auf 1 Uhr nachts festgelegt. So sehr damit den Bestrebungen gewisser Kreise, die Vollzeitsunde nach später, womöglich auf das Morgengrauen, zu versetzen, ein kräftiger Riegel vorgeschoben ist, so muß doch andererseits auf Unzuträglichkeiten hingewiesen werden, die insbesondere den Landgemeinden aus einer allzu späten Vollzeitsunde erwachsen. Nicht die Folgen in puncto Moral des Individuums, der Familie und der Gemeinde seien heute erwähnt, sondern diejenigen, welche der Gemeindegeldbeutel unter Umständen erfahren muß. In Städten sorgt der Herr Schulmann dafür, daß die Vollzeitsunde pünktlich eingehalten wird; er hat Nachdienst und dazu gehört auch die Überwachung der Wirtschaften. Ganz anders ist es dagegen auf dem Lande. Hier ist Polizei- und Gemeinbediener in einer Person vereinigt, die alle Obliegenheiten dieser Ämter pünktlich und gewissenhaft erfüllen soll. Der Polizeidiener muß oft des Nachts von 1 bis halb 2 Uhr, in der Regel noch etwas länger, auf den Beinen sein, um nach dem Rechten zu sehen. Er muß aber am andern Morgen auch mindestens um 7 Uhr auf den gleichen Beinen auf dem Rathaus sich einstellen, um dort für Sauberkeit, Heizung etc. zu sorgen bzw. der Aufgaben gewärtig zu sein, die an ihn vom Bürgermeister, Ratsschreiber etc. gestellt werden. Und so geht es den ganzen Tag zu. Bald tritt diese, bald jene Dilemma an den armen Mann heran, die er trotz seines Amtes zu erledigen hat. Von der Bezahlung für den Dienst wollen wir nicht reden. Sie ist in gar vielen Gemeinden der Gegenstand lebhafter Auseinandersetzungen zwischen Polizei- und Gemeinbediener bzw. den Umlagezahlern. Was wird aber die Zukunft bringen? Kann man es einem Mann zumuten, auf die Dauer täglich von früh 7 Uhr — meistens — bis nachts halb 2 Uhr im Wechsler zu stehen für eine Entlohnung, die höchstens für 5-6 Stunden berechnet ist? Von den oft unerquidlichen Folgen einer Kontrolle ganz abgesehen, die nachts zwischen 1 und 2 Uhr in Wirtschaften geübt werden muß. Wenn die Vollzeitsunde nochmals verlängert wird, dann dürfte den meisten Landgemeinden nichts übrig bleiben, als den Gemeinde- und Polizeidienerdienst zu trennen, womit aber eine neue finanzielle Belastung der Gemeinden verbunden ist. Es gibt nur zwei Möglichkeiten für die Gemeinden: Entweder eine Neuorganisation der ganzen Dienstverhältnisse oder aber den Schiedsrichtern bezüglich der Vollzeitsunde einreisen zu lassen. Aber dem ist abgeholfen, wenn es beim alten bleibt.

Offenheim, 21. März. Vom 9.—16. März wurde hier durch den S. S. Disziplinarmissionar Frey eine religiöse Männerwoche abgehalten. Jeden Abend wurde der Rosenkranz gebetet, eine Predigt gehalten und der Segen gegeben. Mit jedem Tag war die Zahl der Männer und Jungmänner größer geworden, bis am letzten Tag alle Plätze der Kirche, über 500 an der Zahl, besetzt waren. Man wundert sich nicht über die große Zahl der Zuhörer, wenn man den Prediger hört. In anschaulichen Bildern und Gleichnissen, alle dem Volksleben entnommen, legte er, manchmal mit gesundem Humor gewürzt, die ernststen Wahrheiten von Himmel und Hölle, Sünde, Buße, Gnade und Kirche den Männern ans Herz. Und sie folgten, und kamen in großer Zahl zu den hl. Oster sacramenten. Ueber 500 traten am Sonntag an die Kommunionbank und empfingen in erbaulicher Andacht die hl. Kommunion. Die Kommunionfeier war zugleich die Kriegergedächtnisfeier in der Gemeinde. Alle Vereine waren mit ihren Fahnen in der Kirche erschienen. Die beiden Gesangsvereine sangen das ergreifende „Heilig, heilig, heilig“ von Schubert. Nach der Predigt des S. S. Missionars wurde die Totenglocke geläutet, während dessen alle auf den Knien lagen und für die gefallenen Krieger ein Vater unser beteten. Den Höhepunkt erreichte die Feier, als nach der gemeinsamen Kommunion über 500 Männer und Jungmänner unter den mächtigen Klängen der Orgel und der Musik des „Meinen Jesum laß ich nicht“ in freudiger Begeisterung sangen. Am Nachmittag predigte der Hochw. Missionar auch den Frauen und Jungfrauen. Auch sie waren in großer Zahl erschienen, und den Worten des begnadigten Predigers zu lauschen. Am Abend hatte sich die ganze Gemeinde zur Schlußfeier versammelt. Nach nie waren so viele Menschen in der Kirche wie an diesem Abend. Eine katholische Gemeinde, geeint durch denselben Glauben und dieselbe Liebe zum Heiland im heiligsten Sacrament, das Großer Gott singend — es war ein Schauspiel für Himmel und Erde. Nach der Schlußfeier sprachen Pfarrer, Bürgermeister, Oberlehrer und Vertreter der Vereine dem Hochw. Missionar den wohlverdienten Dank aus.

Leigelsdorf, 21. März. (Von einem durchgehenden Gespann überannt und getötet.) Der 76 Jahre alte Landwirt Michael Zug II wurde von einem durchgehenden Gespann überannt und so schwer durch die Deichsel verletzt, daß er starb.

Stürzender Leitungsast

Rehl, 21. März. Auf der Rheinbrücke stürzte aus noch unbekannter Ursache ein Mast der elektrischen Lichtleitung um, durchschlag die Drähte der Straßenbahn und traf zwei im gleichen Augenblick vorbeifahrende Arbeiter aus Gärtsweiler, die von dem Mast getroffen wurden und von ihren Mätern fürzten. Der eine von ihnen, Michael Hommer, wurde schwer verletzt, während der andere, Karl Walter, leichtere Verletzungen erlitt.

Hurtwangen, 21. März. (Eigenartiges Brandstiftungsmotiv.) Der Brand in Reutkirch, dem der Gießengantershof unlängst zum Opfer fiel, hat nun seine Aufklärung gefunden. Der Hirtenjunge des Bauern hatte eingeschanden, von dem Sohn des Besitzers dazu angestiftet worden zu sein, den Brand zu legen, damit der Sohn ein neues Anwesen bekommen könne.

Freiburg i. Br., 20. März. (Tod auf den Schienen.) Auf dem Abstellbahnhof nahe bei der Unterführung warf sich gegen 3 Uhr ein 53jähriger junger Mann namens Otto Steer aus der Metzgerstraße vor einem der Eilzüge passierender Eilzugzug. Er wurde überfahren und sofort getötet. Was den Mann in den Tod getrieben hat, ist noch nicht bekannt.

Weersburg, 21. März. (Brand.) Mittwoch nacht brach im Hause des Fiedel Vukengeiger sen. im Dachstuhl Feuer aus, das sich rasch ausbreitete. Das angebaute Haus des Johann Sohn war ziemlich gefährdet. Während das Vukengeigerische Haus im wesentlichen ausbrannte, hatte das angebaute Gebäude des Sohn nur im Dachstuhl einigen Schaden erlitten.

Konstanz, 2. März. (Bom Zug überfahren.) Auf der Bahnlinie Reichenau-Konstanz auf Bollmattiger Gebiet fand ein Streckenwärter die völlig verflämte Leiche des Fabrikanten Fritz Hagelberg aus Konstanz. Anscheinend liegt Selbstmord vor.



Rundfunk und Schallplatte

Stuttgart Welle 360 **Freiburg Welle 570**

Zur gefl. Beachtung! Wegen Umbaus der Sendekäume muß der Süddeutsche Rundfunk in der Woche vom 23. bis 29. März die meisten seiner Darbietungen im Wege der Uebertragung von auswärts übernehmen. — In der Woche vom 30. März bis 5. April kann der reguläre Sendebetrieb in den eigenen Räumen wieder aufgenommen werden.

Sonntag, den 23. März. 10.15 Uhr: Evangelischer Morgendienst. 11 Uhr: Alte Musik. 12 Uhr und 13.10 Uhr: Schallplatten. 14 Uhr: Kinderstunde. 15 Uhr: Jubiläumfeier. 16 Uhr: Szenen aus „Carmen“. 17 Uhr: Unfere Heimat. 18.15 Uhr: Sportfunk. 18.30 Uhr: Vortrag: Die klassische Ribieta. 20 Uhr: Der getreue Musikmeister. 21.15 Uhr: Ballade. 22 Uhr: Unterhaltungskonzert. 23 Uhr: Tanzmusik.

Montag, den 24. März. 6.45 Uhr: Morgengymnastik. 10 Uhr, 12.15 Uhr und 13 Uhr: Schallplatten. 16 Uhr: Nachmittagskonzert. 18.05 Uhr: Vortrag: Lebende Fohlen. 18.35 Uhr: Vortrag: Die schenische Landwirtschaft. 19.30 Uhr: Efties Montagskonzert. 21 Uhr: Der Barbier von Sevilla.

Dienstag, den 25. März. 6.45 Uhr: Morgengymnastik. 10 Uhr, 12 Uhr und 13 Uhr: Schallplatten. 15.30 Uhr: Frauenstunde. 16 Uhr: Nachmittagskonzert. 18.05 Uhr: A. Haber, ein deutscher Weltwanderer. 18.35 Uhr: Vortrag: 16 Jahre als deutscher Arzt auf Sanibar. 19.05 Uhr: Vortrag: Wandlung der Jugend. 20.10 Uhr: Konzert. 22.30 Uhr: Nachtschluß der Großstadt.

Mittwoch, den 26. März. 6.45 Uhr: Morgengymnastik. 10

Vermischte Nachrichten

In brennenden Kleidern

Friedrichshafen, 21. März. Noch verhältnismäßig gut abgelaufen ist eine kleine Explosion im Königin-Baulinentist. Ein Zimmermädchen wollte einen Zimmerboden machen und stellte das Bodenwachs, das in einer verschlossenen Büchse war, auf den Herd, um es flüssig zu machen. Dabei explodierte die Büchse und das Mädchen wurde vom Wachs übergossen, fing Feuer und brannte sich. Ein zufällig im Baulinentist arbeitender Telegraphenarbeiter bemerkte die Unglückliche, warf seinen Mantel um sie und konnte so das Feuer erlösen. Das Mädchen erlitt nicht unbedeutende Brandwunden und mußte ins Krankenhaus verbracht werden.

Tod durch Trichinose.

Stuttgart, 18. März. Die Trichinoseerkrankungen infolge des Genusses von Bärenschinken haben nun bereits zwei Todesfälle zur Folge gehabt. Bei einem Bauhülfer, der am Samstag im Fieber aus dem Fenster seiner Wohnung sprang und sich dabei tödlich verletzte hat, haben die Untersuchungen ergeben, daß tatsächlich Trichinoseerkrankung vorlag. Ein anderer, der Proturist einer hiesigen Firma, ist in der vergangenen Nacht im Krankenhaus gestorben. Das Fleisch soll von einem dreijährigen, etwa einen Zentner wiegenden Eisbären stammen, dessen Schinkenfleisch schon nach schneller Räucherung in dem Stuttgarter Restaurant ausgegeben wurde. Es wurden etwa 40 Portionen Bärenschinken verabreicht; 18 Portionen aßen Gäste in der Wirtschaft, den Rest nahmen zum Teil Gäste für ihre Angehörigen mit nach Hause, zum andern aßen davon die Familie des Restaurantinhabers und das Personal. Man rechnet mit etwa 30 Personen, die erkrankt sein können. Auch der Inhaber des Gasthauses, seine Frau und Familienangehörigen und ein Angestellter liegen an Trichinose schwerkrank zu Bett. Es sind leider noch weitere Schlimme Folgen zu befürchten.

Die Entscheidung in der Schriesheimer Schwerkraftfrage

Schriesheim, 21. März. Der Gemeinderat beschloß in seiner gestrigen Sitzung einstimmig, das hiesige Schwerkraftkommen der Firma Spatwerke H. von Berghuer & Co., Komm.-Ges. Wert Oberkirch (Baden), S. Dresden, zu probeweiser Ausnutzung auf ein Jahr zu überlassen. Entspricht nach Ablauf dieser Zeit das vorgefundene Material den Wünschen des Vertragsunternehmers, dann wird der Vertrag auf weitere 15 Jahre unter Zugrundelegung eines noch festzusetzenden Pachtpreises verlängert werden. Dieser Beschluß muß der Bürgerauschuh noch zustimmen und die Regierung ihre Genehmigung geben; es kann dann im April mit den Arbeiten begonnen werden.

Ein gemeiner Akt

Groß-Gerau, 21. März. Die Wirtin eines Gasthauses bei einem Ausflugsort in der Nähe von Groß-Gerau erhielt eine Postkarte, auf der sich ein Verein aus Wiesbaden zum Mittagessen anmeldete, wodurch 40 Ellen zu je 1,75 M. notwendig gemorden wären. Alles wurde gerichtet, jedoch der Verein blieb aus. Der betreffende Verein existiert überhaupt in Wiesbaden nicht und die Bestellung stellte sich als Fälschung und gemeine Schädigung heraus. Die Gendarmerie sühndet nach dem Abfender.

Zwei Familientragödien in Remscheid. Donnerstag nachmittag wurde eine Frau Käsbach mit geöffneten Pulsadern in ihrer Wohnung tot aufgefunden. Sie hatte vorher ihre drei Monate alte Tochter mit einem Stein erdroffelt. Die Tat ist anscheinend in einem Anfall plötzlicher Schwermut verübt worden. — In der Düsseldorf-Straße fand man den Arbeiter Fechner mit schweren Halsverletzungen auf, während sich seine Frau auf der Polizeiwache mit durchschüttelten Pulsadern meldete. Infolge des starken Blutverlustes konnte sie noch nicht vernommen werden. Aller Wahrscheinlichkeit nach sind Ehezwistigkeiten der Grund der Tat.

Eigenartiger Selbstmord

Mörs, 21. März. Auf eigenartige Weise verübte gestern Abend ein Kraftwagenführer in seiner Garage Selbstmord. Er ließ den Motor des Wagens laufen, nahm das Auspuffrohr in den Mund und atmete die giftigen Gase ein. Wie aus einem hinterlassenen Briefe hervorgeht, haben Ehezwistigkeiten den Mann in den Tod getrieben.

Riefenbrand in einer perfischen Stadt

Teheran, 20. März. Der Ort Vandagscha am Kaspiischen Meer ist durch eine gewaltige Brandkatastrophe zum größten Teil vernichtet worden. 394 Häuser liegen in Trümmern. Es sind mehrere Todesopfer und zahlreiche Verletzte zu verzeichnen.

RADIO-Spezial-Geschäft Ing. H. DUFFNER 16168
 Der Europa-Empfänger Telefunker 40 W 6743
 mit Stationswähler: Preis mit Röhren RM. 440.-

HANDEL / WIRTSCHAFT / VERKEHR

Das Gesetz über Bausparkassen

Der Reichsrat ist jetzt ein Gesetzentwurf zugegangen, der zwar den Namen eines Gesetzes über die Depot- und Depositengeschäfte führt, der sich aber vorwiegend mit der gesetzlichen Regelung der Bausparkassen befaßt. Zu diesem Gesetzentwurf sind bereits im vorigen Jahre ausgezeichnete Vorarbeiten, einmal vom Vorstand des Reichsverbandes der Wohnungsfürsorge-Gesellschaften und zum anderen von dem zuständigen Referenten im Reichsarbeitsministerium geleistet worden. Der nunmehrige dritte Entwurf, der im Reichswirtschaftsministerium als zuständige Behörde für das Depositenrecht hergestellt wurde, läßt den bestehenden als auch den neuen Bausparkassen ziemlich viel Freiheit.

An und für sich ist es überhaupt bedauerlich, daß das doch so dringend notwendige Gesetz zur Regelung der Bausparkassen so lange hinausgezogen wurde, so daß in der Zwischenzeit mannigfaltige Schwindelgründungen entstehen konnten. Dabei haben nicht nur unzählige Sparer ihre Einlagen verloren und, soweit es sich um Genossenschaften handelt, noch Nachzahlungen leisten müssen, sondern auch der große Gedanke des Sparens für ein Eigenheim hat durch den Zusammenbruch vieler wilder Gründungen leider außerordentlich stark gelitten.

Der neue Gesetzentwurf

stellt das kollektive Bausparen unter Staatsaufsicht, besser gesagt unter eine Gewerbeaufsicht. Der Geschäftsplan der alten und auch neu zu gründenden Bausparkassen muß von der Aufsichtsbehörde — als oberste Aufsichtsbehörde ist an das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherungen gedacht — genehmigt sein und insbesondere genaue Angaben über die Spar- und Darlehensbedingungen, über die Wartezeiten, etwaigen Versicherungsschutz, Verzinsung der Leistungen der Bausparer und der Bausparkassen enthalten. Auch wird verlangt, daß über die Aufbringung der Verwaltungskosten, über die Aufnahme von Darlehen, von Baugeldzuteilungen, wie auch über die Verteilung der angesammelten Sparbeiträge unter Bezeichnung des Zeitpunktes der Verteilungen, ferner Nachweisungen über den Vermögensbestand der Aufsichtsbehörde Aufschluß zu geben ist. Wie schon angedeutet, läßt der Entwurf den einzelnen Bausparkassen

zunächst freie Hand über ihren Geschäftsplan.

Wenn sich diese vielleicht allzu große Freiheit nicht bewähren sollte, so ist es ja jederzeit möglich, späterhin ein materielles Bausparrecht zu schaffen. Auch auf dem Gebiete des privaten Versicherungswesens ließ man anfangs den Versicherungsgesellschaften ziemlich freie Hand und unterstellte sie zunächst nur einer Gewerbeaufsicht. Erst im Laufe der Jahre hat man an Hand der gesammelten Erfahrungen auch ein materielles Versicherungsgesetz geschaffen. Zu den festeren Richtlinien des Gesetzentwurfs gehört allerdings die Vorschrift, daß in Zukunft nur solche Bausparkassen eine Konzession erlangen, die entweder in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft, einer Kommanditgesellschaft auf Aktien oder einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung betriebe werden. Die für viele kollektive Bausparkassen übliche Form einer Genossenschaft soll also nicht zugelassen werden. Die Ablehnung der Genossenschaftsform für kollektive Bausparkassen, die ihre Tätigkeit über ganz Deutschland ausdehnen, hat durchaus eine innere Berechtigung, weil es den einzelnen Genossenschaftsmitgliedern schwerlich möglich ist, mittelbar oder unmittelbar eine genaue Kontrolle über das Unternehmen auszuüben, während sie andererseits mit ihren Genossenschaftsteilen und Haftpflichtsummen geldlich haften. Leicht vermögen auch Genossenschaftsmitglieder durch Mehrheitsbeschlüsse eine solche Bausparkasse zu gefährden. Diese Ablehnung der Genossenschaftsform bezieht sich natürlich keineswegs auf die bewährten örtlichen Bau- und Spargenossenschaften, die in Deutschland eine so hervorragende, gemeinnützige Arbeit auf dem Gebiete der Beschaffung gesunder und preiswerter Wohnungen geleistet haben.

Der Entwurf sieht für jede Bausparkasse einen amtlichen Treuhänder

vor, eine Einrichtung, wie sie beispielsweise bereits seit ihrer Gründung die bekannte Beamtenbausparkasse in Berlin besitzt. Die Einsetzung eines Treuhänders ist schon deshalb nötig, weil die zentrale Aufsichtsbehörde kaum in der Lage wäre, die jetzt schon vorhandenen über 100 Bausparkassen bis auf die letzten Einzelheiten eingehend zu prüfen. Insbesondere wird auch der Treuhänder bei dem Zuteilungs- oder Auslosungsverfahren zugegen sein müssen, damit die eingelaufenen Spargelder auch wirklich ordnungsgemäß zur Verteilung gelangen und nicht, wie das bei so vielen Schwindelunternehmen, die in den letzten Jahren unter hochklingenden Namen begründet wurden, sich die geschäftstüchtigen Gründer an den Sparanlagen bereichern. Ähnlich wie der Versicherungsbeitrag bei den privaten Versicherungsunternehmen sieht der Gesetzentwurf einen Sachverständigen-Berater bei dem Reichsaufsichtsamt für Privatversicherungen für das Bausparkassenwesen vor, wie überhaupt eine Anzahl Bestimmungen des neuen Gesetzentwurfs sich sehr an die für die Versicherungsunternehmen gültigen Aufsichtsbestimmungen anlehnen. In die gesetzliche Regelung sind nicht eingeschlossen die von öffentlich-rechtlicher Seite ins Leben gerufenen kollektiven Bausparkassen, wie sie z. B. der Deutsche Sparkassen- und Giroverband und auch einige Gemeinden begründet haben, da diese bereits unter staatlicher Aufsicht stehen.

Der Entwurf bedarf zweifellos noch mancher Verbesserung. Aber er sollte nun möglichst schnell den zuständigen Stellen, dem Reichswirtschaftsrat und dem Reichstage zur Beratung überwiesen werden, damit endlich einmal in das Wirrwarr des kollektiven Bausparens Sicherheit und Ordnung kommen kann und damit der große Gedanke des Sparens für ein eigenes Heim eine Förderung und eine so große Ausdehnung wie etwa in den angelsächsischen Ländern erreichen kann. Oskar Böhm e.

Wirtschaftsschau

Zusammenbruch eines Inflationsfinanziers. Ueber das Privatvermögen des Kaufmanns Joseph Fonfä, Berlin, ist nach der Frkf. Ztg. das Vergleichsverfahren eröffnet worden. Fonfä hat früher einmal eine Rolle gespielt, als er noch Leiter und Hauptaktionär der Deutschen Verkehrsanstalt A.-G., Berlin, war und von dort aus einem inzwischen längst zerbrockelten „Konzern“, bestehend aus der Maschinenbau-Gesellschaft Karlsruhe, den Motorenwerken Mannheim vorm. Benz und der Reihertstieglwerk Hamburg, kontrollierte.

Grün u. Bilfinger, Mannheim. Nach dem Geschäftsbericht haben sich die Verhältnisse auf dem Baumarkt gegenüber dem Vorjahre nicht gebessert. Anträge auf Finanzierung von Bauaufträgen traten in verstärktem Maße an die Gesellschaft heran, und diese hat ihnen nach Möglichkeit Rechnung getragen. Sie konnte dadurch einige Bauaufträge hereinnehmen und teilweise auch schon in Betrieb befindliche Bauarbeiten vor der gänzlichen Stilllegung bewahren. Durch die nicht günstigen Verhältnisse am heimischen Baumarkt sah sich die Grün u. Bilfinger A.-G. genötigt, sich mehr dem Auslandsgeschäft zuzuwenden, und sie hofft, dadurch einen Ausgleich zu finden. Auch für das kommende Jahr glaubt sie hinreichende Beschäftigung für ihre Betriebe zu haben, zumal sie einen guten Auftragsbestand in das Jahr 1930 hinübernehmen konnte. Die für die Baudurchführung sehr günstige Witterung hat die Betriebsergebnisse vorteilhaft beeinflusst. Der Reingewinn beträgt 1,38 (i. V. 1,26) Mill., wovon eine von 12 auf 15 Proz. erhöhte Dividende gezahlt werden soll.

Lokomotivfabrik Krauß u. Comp. A.-G., München. Die Gesellschaft (A.-K. RM. 5 Mill.) erzielte für 1929 nach RM. 215 000 (214 000) Abschreibungen einen Reingewinn von RM. 92 421 (37 731). Dazu kommt ein Vortrag von 87 168 (55 421). Eine Dividende wird wieder nicht vorgeschlagen. Die Gesellschaft habe im abgelaufenen Jahre unter weiterer Beobachtung strenger Sparmaßnahmen bei unzureichenden Aufträgen im Lokomotivbau und ziemlich befriedigender Beschäftigung in den anderen Betriebszweigen gearbeitet. Die Ergebnisse der letzten Jahre hätten es ermöglicht, die kurzfristigen Bankschulden ganz abzudecken und auch den vor Jahren beanspruchten festen Kredit von 0,6 bis auf 0,37 Mill. zurückzuzahlen.

Elektrizitäts-Lieferungs-Gesellschaft Berlin. Diese zum A. E. G.-Konzern gehörende Gesellschaft schlägt erwartungsgemäß wieder 10 Proz. Dividende aus RM. 433 (379) Mill. Reingewinn vor. (A.-K. RM. 40 Mill.)

Vergleichsverfahren. Freiburger Baugesellschaft m. b. H. für Hoch-, Tief- und Eisenbetonbau in Freiburg.

Eine Elektro-Anleihe von 30 Mill. Dollar. Ein amerikanisches Bankenkonsortium legt in New York eine 20 Millionen-Dollar-Anleihe des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerkes zum Kurse von 93 Prozent zur Zeichnung auf. Die Anleihe ist mit 6 Prozent verzinslich und ist nach 25 Jahren fällig. Die Bonds sind mit einem Bezugsrecht auf Aktien versehen, und zwar haftet je 1000-Dollar-Bonds eine Option auf 400 RM. Aktien zum Kurse von 45 Dollar pro Aktie an. Diese Option ist bis zum 1. April nächsten Jahres gültig. Die Verzinsung der Anleihe für den ersten Zeichner stellt sich auf 6,37 Prozent, so daß sie nur geringfügig ungünstiger als die letzte, im August 1928 aufgelegte Anleihe der Gesellschaft ist, die eine Rendite von 6,94 Prozent ergab. Nach Mitteilung des Emissionskonsortiums sind die Bonds stark überzeichnet worden. Die Bonds, die zum Kurs von 93 Prozent aufgelegt worden sind, wurden bereits zum Börsenhandel zugelassen und zu 94 Prozent gehandelt.

Vergleichsverfahren bei der Zentrale der landwirtschaftlichen Lagerhäuser A. G. Tauberbischofsheim. Nachdem, wie bereits ausführlich berichtet, die Generalversammlung gegen heftigen Protest für ein Vergleichsverfahren gestimmt hat, gibt das Amtsgericht Tauberbischofsheim nunmehr bekannt, daß das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet worden sei. Als Vertrauensperson wurde vom Gericht Generalkonsul und Bankdirektor a. D. Reiser-Heidelberg bestellt.

Abermals teurerer Mehlpreis. Die Süddeutsche Mühlenvereinigung hat den Preis für Weizenmehl Spezial o am 21. März auf RM. 39,25, also um weitere 5 Pfg., erhöht.

50 Proz. Quote bei Rosenfeld u. Co. Karlsruhe. In dem Termin der Metallhandlung Rosenfeld u. Co. in Karlsruhe am nächsten Montag wird ein Vergleichsvorschlag zur Abstimmung gebracht werden, der eine Quote von 50 Proz. vorsieht, wovon 40 Proz. sofort bar auszahlabar sein sollen.

Elektrizitätswerk Mittelbaden, A. G. Lahr. In der Generalversammlung wurde beschlossen, aus einem Reingewinn von 178 287 (209 403) RM. eine Dividende von 12 Proz. auf das Aktienkapital von 1,5 Mill. RM. auszuschütten. Die Gesellschaft versorgt bekanntlich etwa 50 Gemeinden der Amtsbezirke Offenburg, Lahr und Kehl mit Strom.

Börsen

Berlin, 21. März. Das Anfangsniveau lag ziemlich einheitlich, 1—2 Proz. über dem gestrigen Schluß. Auf dem Montanmarkt löste der Rückgang der Feierschichten im Ruhrbergbau Befriedigung aus. Hier lagen Klöcknerwerke mit plus 1,25 Proz. etwas über dem übrigen Rahmen gebessert. Von Kaliwerten gewannen Salzedturbth 2,25 Proz. Kunstseidenwerte profitierten von der im Reichsrat beschlossenen Erhöhung der Kunstseidenzölle. Auch Elektrowerte erfreuten sich größeren Interesses und waren später durchweg 1,25 Proz. erhöht. Am Bankenmarkt hielten die Deckungen an. Von Auslandswerten zeigten Swenska eine Besserung von über 2 Proz. Deutsch-Petroleum setzten ihre Aufwärtsbewegung fort und Holzmann besserten sich auf die Meldung von einer eventuellen 1prozentigen Dividendenerhöhung. Auch im Verlaufe trafen an einigen Märkten kleine Auslandsordres ein und auch das Inland soll zunehmendes Interesse bekunden, so daß bei etwas lebhafterem Geschäft Kurssteigerungen bis zu 3 Proz. eintraten. Das Hauptinteresse konzentrierte sich u. a. auf Banken, insbesondere Reichsbank, Farben, Elektrowerte. Anleihen freundlich, Altbesitz um 40 Pfg. erhöht.

Weitere Herabsetzung des Privatdiskonts.

Berlin, 21. März. Der Privatdiskont ist für beide Sichten um $\frac{1}{4}$ auf 4 $\frac{1}{2}$ Proz. ermäßigt worden, nachdem er erst gestern eine Ermäßigung erfahren hat.

Frankfurt a. M., 21. März. Die Tendenz an der Abendbörse konnte sich weiter befestigen, und auf eintreffende Aufträge nahm das Geschäft in einigen Werten lebhaftere Formen an. Die erneute Ermäßigung des Berliner Privatdiskonts wurden mit Befriedigung aufgenommen. Besonders beachtet waren Bankaktien, die gegen den Berliner Schluß 1,5 Proz. fester eröffneten, aber auch für Farben und Elektrowerte bestand Nachfrage, wenn auch hier die Erhöhungen anfangs niedriger waren. Verkehrsaktien eröffneten uneinheitlich. Deutsche Reichsbahnvorsatzaktien lagen knapp gehalten. Hapag waren $\frac{1}{2}$ Proz. schwächer, während Nordd. Lloyd sich um $\frac{1}{2}$ Proz. befestigten. Renten waren ebenfalls freundlich. Im Verlaufe traten unter Bevorzugung einzelner Werte erneut kleine Erhöhungen ein. Der französische Frank notierte amtlich 16,40.

Generalversammlung der Favag

Annahme des Angebots des Aufsichtsrats.

Die am Freitag in Frankfurt stattgefundene Generalversammlung der Aktionäre der Frankfurter Allg. Versicherungsgesellschaft hatte zu dem Angebot des Aufsichtsrats Stellung zu nehmen, der für eine Favagaktie 60 RM. angeboten hatte. Die Versammlung, in der 568 Aktionäre mit 15,4 Mill. Aktienkapital anwesend waren, nahm einen sehr erregten Verlauf. Der derzeitige Vorstand der Favag, Dr. Semler, gab die im Gesetz vorgeschriebene Erklärung nach § 240 des HGB. über den Verlust der Hälfte des Aktienkapitals ab. Er machte die Mitteilung, daß die Gesellschaft überschuldet ist und daß diese Ueberschuldung mindestens 45 Mill. RM. betrage und daß die Gläubiger nicht voll befriedigt werden. Daraufhin erstattete Dr. Hermann Fischer den bekannten Bericht der Revisionskommission (siehe Nr. 72 des B. B.). Er erklärte, die Aktionäre würden selbst bei einem Erfolg einer Regreßklage nur dann etwas erhalten, wenn die Gläubiger zu 100 Proz. befriedigt seien. Dies sei wenig wahrscheinlich. Die Revisionskommission sprach sich nach Abwägung aller in Betracht kommenden Umstände einstimmig für den vorgeschlagenen Vergleich aus. — Das Vorstandsmitglied Semler ersuchte die Aktionäre gleichfalls um die Ermächtigung, den vorliegenden Vergleich mit dem Aufsichtsrat abzuschließen. Der Vertreter des Deutschen Aktionärvereins, Rechtsanwalt Homberger-Karlsruhe, erhob vor allem Vorwürfe gegen den Aufsichtsratsvorsitzenden, befürwortete aber im übrigen die Annahme des vorliegenden Vergleichsangebotes, doch mußten juristische Bedenken gegen die Vorbehalte des Aufsichtsrats hinsichtlich eines Rücktrittsrechtes von dem Vergleich noch beseitigt werden. Direktor Bodenheimer erklärte auf Anfrage, daß der Aufsichtsrat, seit er seine Bereitwilligkeit zu einer Abfindung der Aktionäre publiziert habe, keine Aktien der Favag angekauft habe und dies auch in Zukunft nicht tun werde. Diese Erklärung wurde zu Protokoll gegeben.

Der Vergleichsvorschlag der Favag wurde schließlich mit 14 988 800 RM. gegen 614 800 RM. Aktienkapital angenommen. Acht Aktionäre mit zusammen 280 800 RM. Aktienkapital gaben Protest zu Protokoll. Die Bestätigung bzw. Wiederwahl der Revisionskommission erfolgte gegen 2400 RM. Kapital eines Aktionärs, der Protest einlegte. Die durch die Annahme des Vergleichs notwendige Liquidation wurde hierauf gegen die Stimmen dreier Aktionäre beschlossen, die Widerspruch zu Protokoll gaben.

Straus & Co.

Karlsruhe i. B.

Friedrichspl. 1 (Eingang Ritterstr.)

Fernsprechanchluss:

Für den Stadtverkehr Nr. 4430 bis 4435
Für den Fernverkehr Nr. 4901 bis 4903
Für die Devisenabteilung Nr. 4439.

Warenmärkte

Berliner Produktenbörse vom 21. März. Weizen, märk. 246—248, Mai 268—267,50, Juli 274—273, Roggen, märk. 144 bis 149, Mai 166,50—166—166,50, Juli 173, Braugerste 162—172, Industrie- und Futtergerste 142—152, Hafer, märk. 127—137, Mai 143,75—143, Juli 150—149, Mais, loco Berlin 158, do. waggonfrei ab Hbg 146, Weizenmehl 27,25—35, Roggenmehl 20,75—24, Weizenkleie 8,25—8,75, Roggenkleie 8,50—8,75, Viktoriaerbsen 20—25, kleine Speiseerbsen 18—20, Futtererbsen 16—17, Peluschken 16,50—19, Ackerbohnen 16—17,50, Wicken 19—23, Lupinen, blaue 13—14,50, gelbe 17—18, Seradella, neue 28—33, Rapskuchen 13—14, Leinkuchen 16,70—17,50, Trockenschrot 6,60—6,80, Soyaextraktionsschrot 14—15, Kartoffelflocken 12—12,50.

Berliner Metallbörse vom 21. März. Elektrolytkupfer 170,50, Raffinadekupfer 147—149, Standardkupfer 132,25—134,25, Standard-Blei per März 36,75—37,25, Original-Hütten-Aluminium 100, desgl. in Walz- oder Drahtbarren 194, Bank-, Straits-, Australzinn 167, Reinnickel 350, Antimon-Regulus 57—60, Silber 59,25—61,25, Gold im Freiverkehr per 10 Gramm 28—28,20, Platin im Freiverkehr per 1 Gramm 6,50—8,50.

Volkswirtschaftliche Literatur

Das Biersteuerproblem. Eine kritische Untersuchung. Von Syndikus Hermann Schöler, Volkswirt RDV, Charlottenburg. K.-Quart. 80 Seiten. Verlag R. Bredow, Berlin W 57. Der Verfasser hält einen Verbrauchsrückgang von 20 Prozent für gewiß, wenn jetzt eine Biersteuererhöhung in der geplanten Höhe von 75,46 bis 96 Prozent Gesetz wird. Ein Verbrauchsrückgang bedeutet einen Produktionsverlust von 12 Mill. Hektoliter Bier. Auf Grund dieses Verlustes beweist der Verfasser rechnerisch die Ausfälle der Wirtschaft an Kapitalumsatz und die Ausfälle des Staates an steuerlichen Einkünften aller Art, und er beweist zuguterletzt, daß die Biersteuererhöhung ein völliges finanzpolitisches Fiasko sein und einen um nur 90 Mill. RM. erhöhten Reinertrag mehr einbringen werde als jetzt, aber bei gleichzeitiger Verwüstung weiter Kreise der deutschen Wirtschaft. Demgegenüber weist der Verfasser darauf hin, daß, wenn man die Biersteuer nicht erhöhe, das Reich auf Grund des natürlichen Geschehens einer sich weiter entwickelnden Verbrauchszunahme bis zur Friedenshöhe, hinter der sie noch um 15 Prozent zurückstehe, ganz von selbst bis zu 75 Mill. RM. steigende Mehreinnahmen aus dem Bier erzielen werde. Andere Kapitel des hochinteressanten Werkes sind dem Nachweis gewidmet, daß das heutige Finanzdefizit in ursächlichem Zusammenhange mit der gewaltigen Steigerung der Ausgaben seit 1925 stehe. Der Verfasser berechnet die jährlichen Sozialaufwendungen auf 7,1 Milliarden RM. und berechnet die steuerliche Gegenleistung der Nutznießkreise dieser Sozialleistungen auf nur 3,5 Milliarden RM., so daß die Nutznießer für jede RM. Steuer, die sie zahlen, vom Staat unmittelbar oder mittelbar in Form von Sozialleistungen dieser oder jener Art 2 RM. zurück erhalten!



Bewährte Hilfe bei Rheumatismus

Die besten die weltbekanntesten Heilmittel Dr. Heumanns! Seine „Wicht- und Rheumat-Tabletten“ (Bestell-Nr. 83, Packung Mk. 4.—) bringen die Gicht- und Rheumabekämpfer zum Wagnis. Außerdem arbeiten sie neuen Gicht- und Rheumastoffen durch Erhebung des Stoffwechsels entgegen. — Dr. Heumanns „Wicht- und Rheumatpulver“ (Bestell-Nr. 84, Packung Mk. 3.50) ist äußerlich anzuwenden und hilft, rheumatische Schmerzen zu lindern.

bei Erkältung

Dr. Heumanns „Rhinomat-Tabletten“ (Bestell-Nr. 65, Packung Mk. 2.50). Sie verhindern die weitere Fortschrittsarbeit der Bakterien, die die Erreger von Hals- und Mandelentzündungen, Katarrhen, Husten usw. sind. Auch als Vorbeugungsmittel gegen Infektion sind sie vorzüglich geeignet.

— Unterstützt wird ihre Wirkung durch Dr. Heumanns „Nasal- und Lungentee“ (Bestell-Nr. 90, Preis Mk. 0.95). — Gegen Schnupfen hilft Dr. Heumanns „Schnupfenpulver“ (Bestell-Nr. 69, Packung Mk. 0.75).

bei Nervenleiden

Dr. Heumanns „Nervenpillen“ (Bestell-Nr. 47, Packung Mk. 4.—). Beruhigen die Nerven und enthalten wichtige Nervennährstoffe als Ersatz für das verbrauchte sogenannte Decubin. Durch Erhebung des Allgemeinzustandes macht sich erfahrungsgemäß sehr bald eine Besserung bemerkbar. — Gegen allzu hartnäckige Kopfschmerzen helfen Dr. Heumanns „Branlan-Tabletten“ (Bestell-Nr. 18, Packung Mk. 3.—) und wenn der erkrankende Schlaf fehlt: Dr. Heumanns „Tabletten gegen Schlaflosigkeit“ (Bestell-Nr. 64, Packung Mk. 3.20).

bei Verstopfung

Dr. Heumanns „Pflanzliche Pillen“ (Bestell-Nr. 12, Packung Mk. 3.—); — Dr. Heumanns „Laxos“ (Bestell-Nr. 18, Packung Mk. 3.50). Pflanzen- und befechtigen angelegte Verdauungsstärker und befreien die Haut von Unreinigkeiten, Wunden, Ritzern usw. — Spezial-Abführmittel: Dr. Heumanns „Abführmittel für Wdmerinnen“ (Bestell-Nr. 5, Packung Mk. 2.50); Dr. Heumanns „Abführmittel für Kinder“ (bei Bestellung Alter angeben! Packung Mk. 0.80 bis 1.20).

Zu haben in allen Apotheken.

Schreiben Sie das Dr. Heumann-Buch kostenlos von Dr. Heumann & Co., Nürnberg. Es gibt wertvolle Ratschläge über das Verhalten bei vielen Krankheiten und enthält alles Wissenswerte über sämtliche Heilmittel von

Pfarrer Heumann

Phönix - Stadion

Sonntag, 23. März, nachm. 2¹⁵ Uhr

Süddeutsche Meisterschaft

1860 München F.C. Phönix

Autozufahrt gestattet.

Vorverkauf: Sport- und Zigarrenhaus: Hörle, Durlacher Tor. Meyle, Marktplatz. Meyle, Mählburger Tor. Tudhaus Everitz & Co., Welsdstr. 59.

1/2 Uhr Verbandsspiel

Frankonia — Beierheim

DROGERIE CARL ROTH

Sehr fein und prächtig sind meine stets **Frisch nebr. Kaffee's** aus eigener Rösterei!

Das Bankhaus Veit L. Homburger

Karlsruhe, 11. Karlsruhe, 11.

Telefon: Ortsverkehr 33, 36, 4391, 4392, 4393; Fernverkehr 4394, 4395, 4396, 4397

besorgt alle in das Bankfach einschlagenden Geschäfte.

Pädagogium Heum Heidelberg

Kleine Gymnasial- u. Realklass; Sexta-Abitur. Umschulung, Einzelzimmer. Gute Verpflegung, eigene Landwirtschaft, Sport, Erfolge u. Drucksachen.

Wieder ausserordentlich billig sind die guten modernen Kleider- und Seidenstoffe!

HERMANN TIETZ KARLSRUHE

Kleider-Stoffe

Woll-Crêpe de Chine ca. 100 cm breit besondere Gelegenheit, nur in einzelnen Farben Meter **1.95**

Tweed-Schotten reine Wolle ca. 70 cm breit, in sparten Karostellungen . . . Meter **2.50**

Crêpe Caid reine Wolle, ca. 130 cm breit weiches Gewebe, mod. Farben Mtr. **3.90**

Mantel-Tweed ca. 140 cm breit, der elegante Frühjahrs-Mantel . . . Meter **4.90**

Woll-Georgette ca. 130 cm breit, modisches à-jourgewebe . . . Meter **6.90**

1 Posten Mantel-Shettland reine Wolle, ca. 140 cm breit, besonders hochwertige Qualität Meter **5.90**

Seiden-Stoffe

Futter-Duchesse zu allen Mantelfarben passend Meter **1.90**

Japon-Foulard reine Seide, ca. 90 cm br. aparte Druckmuster Meter **3.90**

Veloutine reine Wollseide, ca. 100 cm breit in vielen modernen Farben Meter **4.90**

Radium-Brokat reine Seide, ca. 90/95 cm breit, für das moderne Frühjahrskleid Meter **5.90**

Kunstseiden-Marocaine ca. 100 cm solides Gewebe, in den Farben der Saison Meter **6.80**

Imprägn. Regen-Mantel-Seide ca. 120 cm breit, für den feichen Straßenmantel Meter **9.75**

Wash-Stoffe

Baumwollmousseline bedruckt Meter 95.78.79 **58.7**

Wollina hell und dunkelgründig Meter **1.45**

Agfa-Travis-Seide ca. 1577 cm breit in zarten Wischfarben, indanthren Meter **1.95**

Bembergseide bedruckt, in sparten Feindruckmustern Meter **2.90**

Kunstseiden-Voile bedruckt ca. 95/100 cm breit für das moderne Nachmittagskleid Meter **3.50**

Ullstein-Schnittmuster Vogue - Schnittmuster neu aufgenommen!

Stragula den billigsten Bodenbelag

Linoleum Tapeten Linkrusta Cocos

kaufen Sie zu billigsten Preisen bei

Fritz Merkel Tel. 2586 Kreuzstr. 25

Reichste Auswahl in allen Farben und Mustern. Größtes Lager am Platze.

Herren- und Knabenkleider

stets das Neueste, zum Teil in eigener Werkstatt hergestellt, zu denkbar billigsten Preisen bei

Gretz, Schneidermeister, Marienstrasse 27

Prima Maßarbeit Rabattmarken

Kohlen- u. Gasherde Bockhacker

der Qualitätsherd der Beste, der Beste der Billigste

Fabrik-Niederlage **M. Heyor, Kaiserstraße 38** Nähe Adersstraße.

„Kühler Krug“ (Fest-Samstag, 22. März saal). 8 Uhr abends

2. Starkbierfest

Feuerwehrkapelle Karlsruhe Erste Büten - Redner u. a (Leitung Herr Irrgang) Bellemer Heiner!

Eintritt 30 Pf. inkl. Literaturbuch.

Ausschank von Sinner Ratsherrn-Bräu

Schlaraffen-Matratzen Kapok-Matratzen nur aus dem Spezialgeschäft für Betten und Polstermöbel **E. Schmitt** Erbpflanzstr. 31 am Ludwigsplatz

4-Zimmer-Wohnung im 2. Stad. mit Warmwasserheizung, Bad, Kamin, mit a. Zubehör, in der Nähe d. Hauptbahnhof, auf 1. Juni zu verm. in od. e. Garage. Näheres Böhnenallee Nr. 33, 3. B. Hiltz, Bangehädt, Tel. 2238.

Altpapier, Eisen, Lumpen, Kupfer, Messing, Zink und Blei, sowie Felle kauft laufend u alle Sorten zahlt beste Tagespreise

Chr. Beier Nachf. Werderstrasse 72-74 Telefon 3554

Auf Wunsch wird die Ware im Hause abgeholt. NB. Ankauf von Neutuchabfällen von Schneidereien.

Schlosserei-Verkauf. In der Nähe von Karlsruhe ist eine gut eingerichtete Schlosserei in guter Lage mit guter Stammbücherei wegen hohem Alter sofort ob. über zu verkaufen. Für einen tatb. Schlossermeister ist beste Gelegenheit geboten, eine Existenz zu gründen. Gef. Angebote unter 1583 an die Geschäftsstelle.

Sehenswert ist unsere Ausstellung in 7 Stockwerken

Möbel-Bär Karlsruhe Kaiserstr. 111

Reiche Auswahl Neuester Modelle Günstige Zahlungsart

Ein Eigenheim besitzen und ohne Sorgen darin wohnen. 120,8 Millionen RM. für Eigenheime

Für das gleiche Geld, das Sie im allgemeinen für Miete zahlen, können auch Sie sich ein eigenes Heim schaffen und ohne Sorgen darin wohnen; denn die G. d. F. Darlehen werden unknöndbar zu 4% Zins gegeben — mit Lebensversicherungsschutz. — 8084 glückliche Besitzer von G. d. F. Eigenheimen, Tausende von Dankschreiben bezeugen die Vorteile, welche die G. d. F. bei Bau und Kauf eines Eigenheimes oder bei Hypothekenabläufe bietet. Verlangen Sie Aufklärungschrift Nr. F 26 von der ältesten, größten und erfolgreichsten Bausparkasse Deutschlands und Österreichs, von der Bausparkasse

Gemeinschaft der Freunde Wüstenrot Gemeinnützige G.m.b.H., Ludwigsburg/Wurt.

AUSSTELLUNG Kaiserstr. 154 vom 22. März bis 5. April täglich ausser Sonntag

Weitenthals einzigartiges Meisterwerk !!

Die Kunstuhr aus Kristall

Das Werk 30 jähriger Arbeit

EINTRITT Für Erwachsene . . 50 Pf. Kinder unter 14 Jahren 20 Pf.

Die Fa. G. Schmidt-Staub hat zu dieser Ausstellung einen Teil ihrer Geschäftsräume zur Verfügung gestellt.

Darmstädter Hof Karlsruhe — Erbaut 1782

d. bekannt gute u. bürgerliche Speise-Restaurant

Gemütliche Wein- und Bierstuben Badische Qualitätsweine

Reizende Locken Ohne Brennschere. Haare befeuchten mit meinem Kräuselwasser, nach 10 Minuten die schönsten Locken und Wellen. Haltbar, unerschäd. Flasche, monatlich ausreißend, Mk. 2.00, Porto extra. Versandhaus Frau C. Schoenle, Augsburg II/3, Stettenerstr. Nr. 16.

Rüchen streichen und sonstige Arbeiten erneuerungsbü. Anträgen unter 1080 an die Geschäftsstelle.

Badisches Landestheater Samstag, 22. März: 8.17. 20. Gem. 1401 bis 1500 u. 1501-1550.

Zum erstenmal

Sebastian-legende Vom Glauben und seinen Wundern von Exmer. Regie: Dr. Langgrebe. Mitwirkende: Berttram, Ermarch, Genter, Quatler, Jan, Gellert, Hans, Wangel, Sellings, Brand, Gennet, Grot, Gierl, Jull, Stubbe, Möder, Richter, Schneider, Schulze, K. Attenberg, Zuder.

Kaufung 20 Uhr. Ende 22³⁰ Uhr. Preise M. (0.70 bis 5.00 Mark).

So. 23. 3. Radmitt. Das Rädden von Heilbronn, Abends: Zieland, Im Rausertland: Rater Lampe. Wo. 24. 3. S. Einforts-Ronzert.

Colosseum Heute 8 Uhr Sonntags 8¹⁵ Uhr und 8 Uhr:

Das auserlesene bunte Programm mit Variete-Einlagen

Geld für i. u. ii. Hypotheken Aufwertungs-Hypotheken-Restizialor zu vergeben. Jedes Miemann. Stadtschreibl. Barstraße 1. 8. Telefon 76 u. 70, Kaiserstraße 221.